

Ademmer, Martin et al.

Article

Deutsche Konjunktur im Sommer 2018 - Deutsche Wirtschaft: Luftloch im konjunkturellen Höhenflug

Kieler Konjunkturberichte, No. 44

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Ademmer, Martin et al. (2018) : Deutsche Konjunktur im Sommer 2018 - Deutsche Wirtschaft: Luftloch im konjunkturellen Höhenflug, Kieler Konjunkturberichte, No. 44, Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/209456>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

KIELER KONJUNKTUR- BERICHTE

Deutsche Konjunktur im Sommer 2018

Abgeschlossen am 20. Juni 2018



Nr. 44 (2018|Q2)

*Martin Ademmer, Jens Boysen-Hogrefe,
Salomon Fiedler, Dominik Groll, Philipp
Hauber, Nils Jannsen, Stefan Kooths,
Galina Potjagailo und Maik Wolters*

DEUTSCHE WIRTSCHAFT: LUFTLOCH IM KONJUNKTURELLEN HÖHENFLUG

*Martin Ademmer, Jens Boysen-Hogrefe, Salomon Fiedler,
Dominik Groll, Philipp Hauber, Nils Jannsen, Stefan Kooths,
Galina Potjagailo und Maik Wolters*

Die Konjunktur in Deutschland hat eine Verschnaufpause eingelegt. Für das laufende Jahr revidieren wir unsere Prognose für den Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts um 0,5 Prozentpunkte auf nun 2 Prozent nach unten. Die konjunkturelle Schwächephase zu Jahresbeginn dürfte vor allem auf temporäre Ursachen zurückgegangen sein, so dass sich die Produktion im Verlauf des Jahres wohl wieder beschleunigen wird. Für das Jahr 2019 rechnen wir mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 2,3 Prozent. Damit legt die Produktion bei bereits deutlich überausgelasteten Kapazitäten weiter stärker zu als das Produktionspotenzial, so dass sich die deutsche Wirtschaft mehr und mehr ihrem Limit nähert. Für eine wieder höhere konjunkturelle Dynamik ab Mitte des Jahres sprechen die hohen Einkommenszuwächse der privaten Haushalte, die sich neben der anhaltend guten Lage am Arbeitsmarkt im laufenden aber vor allem im kommenden Jahr auch aus Leistungsausweitungen und Abgabensatzsenkungen speisen. In der Folge dürften die privaten Konsumausgaben kräftig zulegen. Auch die Bauinvestitionen dürften weiter aufwärts gerichtet bleiben, selbst wenn sich hier Kapazitätsengpässe bereits bemerkbar machen und in deutlich steigenden Baupreisen resultieren. Die Exporte werden durch die robuste Weltkonjunktur gestützt. Die Unternehmensinvestitionen dürften nur moderat ausgeweitet werden. Zwar regen die gute Geschäftslage und der hohe Auslastungsgrad die Unternehmen zu Erweiterungsinvestitionen an. Allerdings wird ihre Investitionsfreude derzeit durch das fragile internationale Politikumfeld belastet. Die öffentlichen Haushalte werden aufgrund der sprudelnden Einnahmen weiter hohe Überschüsse erzielen. Diese sind jedoch vor allem der guten Konjunktur geschuldet. Aufgrund der kräftig steigenden Ausgaben wird sich der strukturelle Budgetsaldo im Jahr 2019 voraussichtlich deutlich verringern und in etwa ausgeglichen sein.

Kasten 1:

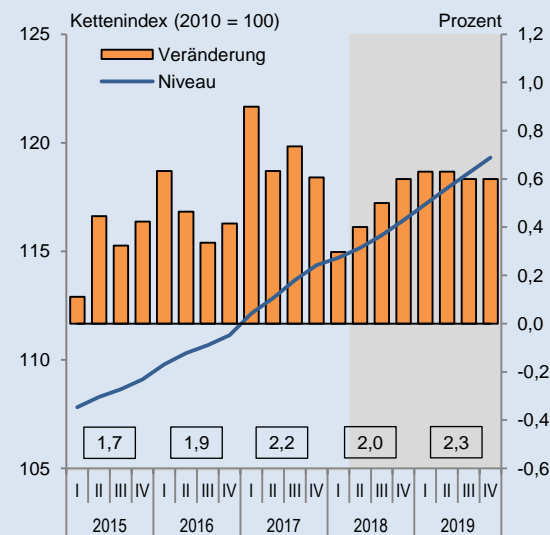
Gesamtwirtschaftliche Folgen der geplanten Rückkehr zur paritätischen Finanzierung in der gesetzlichen Krankenversicherung (S. 13)

Kasten 2:

Schwacher Jahresauftakt 2018: Delle oder Beginn eines Abschwungs? (S. 16)

Die jüngste konjunkturelle Eintrübung markiert noch nicht den Beginn des Abschwungs. Die wirtschaftliche Dynamik nahm in der ersten Hälfte des laufenden Jahres spürbar ab. So hat sich die Expansionsrate des Bruttoinlandsprodukts im ersten Quartal auf 0,3 Prozent halbiert (Abbildung 1). Die verhaltenen Produktionszahlen und die bis zuletzt rückläufigen Auftragseingänge in der Industrie lassen auch für das zweite Quartal kein kräftiges Anziehen der ökonomischen Aktivität erwarten. Die Kapazitätsauslastung gab im Verarbeitenden Gewerbe im zweiten Quartal – auf hohem Niveau – zum ersten Mal seit zwei Jahren nach. Die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten waren bereits zu Beginn des Jahres stark angespannt – hierauf deuten zahlreiche weitere Indikatoren, etwa zu den Engpässen am Arbeitsmarkt und die Schätzungen zur gesamtwirtschaftlichen Produktionslücke hin. Damit stellt sich die Frage, ob das Limit der Überauslastung und damit der obere Wendepunkt im Konjunkturzyklus bereits erreicht ist. In diesem Falle könnte die Entwicklung im laufenden Jahr schon den Beginn des Abschwungs markieren. Dies halten wir aus verschiedenen Gründen derzeit nicht für wahrscheinlich. So waren für die Produktionsrückgänge im ersten Quartal auch produktionsseitige Sondereffekte verantwortlich (insbesondere Ferientageeffekte, streikbedingte Ausfälle und hohe Krankenstände aufgrund einer heftigen Grippewelle). Zudem hat sich das konjunkturelle Klima auch in anderen Ländern abgekühlt, wo die Kapazitäten noch nicht so hoch ausgelastet sind wie hierzulande. Deshalb war – neben den genannten Produktionsbehinderungen – das Auslandsgeschäft maßgeblich für die geringere wirtschaftliche Dynamik in Deutschland, während die heimische Absorption deutlich anzog.

Abbildung 1:
Bruttoinlandsprodukt 2015–2019



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des Ifw.

Gründe für die außenwirtschaftliche Eintrübung dürften nicht zuletzt in der Verunsicherung über die sich verschärfenden protektionistischen Tendenzen zu sehen sein, die von der US-amerikanischen Handels- und Sicherheitspolitik ausgehen (Zollkonflikte mit China, den NAFTA-Partnern und der EU sowie Sanktionen gegenüber dem Iran und den dort aktiven Unternehmen). Zudem sind mit der neuen Koalitionsregierung in Italien auch EU-intern neue politische Unsicherheiten aufgekommen. All dies dürfte insbesondere auch die Exporterwartungen belastet haben. Bei der Beurteilung der insgesamt eingetrübten Geschäftserwartungen – die Umfragen zum ifo Konjunkturtest gaben bis zuletzt sechs Monate in Folge nach – ist zu beachten, dass sie mit Lageeinschätzungen einhergehen, die weiterhin sehr nahe an den historischen Höchstwerten notieren. Die Spanne zwischen Lageeinschätzung und Erwartungen in der gewerblichen Wirtschaft ist derzeit so ausgeprägt wie noch nie im vereinten

Deutschland. Allein aufgrund der sehr guten Geschäftslage dürfte für mehr und mehr Entscheider in den Unternehmen eine weitere Verbesserung weniger wahrscheinlich werden. Alles in allem gehen wir davon aus, dass die Expansionskräfte wieder an Stärke gewinnen und den Aufschwung deutlich über das laufende Jahr hinaus tragen werden. Insbesondere ist für den gesamten Prognosezeitraum mit ausgesprochen günstigen Finanzierungsbedingungen zu rechnen. Auch das weltwirtschaftliche Umfeld dürfte die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland unterstützen.

Die Zuwachsrate des Bruttoinlandsproduktes revidieren wir für das laufende Jahr um 0,5 Prozentpunkte auf nun 2,0 Prozent nach unten; für das kommende Jahr rechnen wir unverändert mit einem Anstieg um 2,3 Prozent. Das moderate Expansionstempo in der ersten Hälfte des laufenden Jahres dürfte vor dem Hintergrund der intakten konjunkturellen Auftriebskräfte temporärer Natur sein. Allerdings erlaubt es der bereits hohe Grad der Kapazitätsauslastung in weiten Teilen der deutschen Wirtschaft auch nicht, ausgefallene Produktion ohne weiteres nachzuholen. Darauf deuten auch die hohen Auftragsbestände hin. Für ein höheres Expansionstempo sorgen im kommenden Jahr neben kräftigeren Ausfuhren vor allem die privaten Konsumenten, deren Kaufkraft neben der robusten Arbeitsmarktlage durch fiskalische Maßnahmen gestärkt wird. Auch die Güterkäufe der öffentlichen Hand expandieren dann etwas kräftiger als im laufenden Jahr.

Die Kreditvergabe bleibt locker, aber die Nominalzinsen durchschreiten ihre Talsohle. Die Umfrage unter Geschäftsbanken (Bank Lending Survey) vom April zeichnet für Deutschland weiter das Bild einer hohen Finanzierungsbereitschaft. Die Kreditrichtlinien (insbesondere für die Vergabe an private Haushalte) wurden von der Mehrheit der Banken ebenso noch einmal gelockert wie auch die

Tabelle 1:
Eckdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland 2016–2019

	2016	2017	2018	2019
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	1,9	2,2	2,0	2,3
Bruttoinlandsprodukt, Deflator	1,3	1,5	1,8	2,1
Verbraucherpreise	0,5	1,7	2,0	2,0
Arbeitsproduktivität (Stundenkonzept)	1,3	0,9	0,9	1,1
Erwerbstätige im Inland (1 000 Personen)	43.638	44.271	44.861	45.369
Arbeitslosenquote (Prozent)	6,1	5,7	5,2	4,9
<i>In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt</i>				
Finanzierungssaldo des Staates	1,0	1,2	1,6	1,4
Schuldenstand	68,2	64,1	60,3	56,8
Leistungsbilanz	8,5	8,1	8,0	7,9

Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Arbeitsproduktivität: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht*; Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Kreditbedingungen.¹ Hauptgrund hierfür sei der Wettbewerbsdruck. Auch berichtete die Mehrheit der Banken von einer weiter steigenden Nachfrage, vor allem nach langfristigen Unternehmenskrediten und von Seiten kleiner und mittlerer Unternehmen. Die Wohnungsbaukredite werden nach wie vor von der erwarteten Immobilienpreisentwicklung sowie dem niedrigen Zinsniveau befördert. Dabei blieben die Darlehenszinsen im April gegenüber dem Jahresanfang nahezu unverändert und betragen 2,5 bzw. 1,6 Prozent für kleinere und größere Unternehmenskredite und 1,7 Prozent für Wohnungsbaukredite. Auch die Rendite von Bundesanleihen blieb zuletzt stabil; im Mai betrug sie bei dreijähriger Restlaufzeit 0,4 Prozent. Demgegenüber verteuerte sich die Kapitalmarktfinanzierung für Unternehmen seit Jahresbeginn um einen halben Prozentpunkt auf zuletzt 2,3 Prozent. Im Prognosezeitraum dürfte auch die dynamischere Inflationsentwicklung, die für sich genommen Druck auf die realen Finanzierungskosten ausübt, zum – wenn auch

sehr langsamen – Voranschreiten der Zinswende beitragen. Wir rechnen damit, dass die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen von derzeit 0,5 Prozent bis zum Ende des Prognosezeitraums auf 0,8 Prozent steigen wird.

Tabelle 2:
Statistische Zerlegung der Zuwachsrate des Bruttoinlandsproduktes 2016–2019

	2016	2017	2018	2019
Ursprungswerte	1,9	2,2	2,0	2,3
Kalendereffekt (Prozentpunkte)	0,1	-0,3	0,0	0,0
kalenderbereinigt	1,9	2,5	2,0	2,4
Statistischer Überhang	0,6	0,6	1,0	0,8
Verlaufsrate	1,9	2,9	1,8	2,5

Preisbereinigt, in Prozent; Statistischer Überhang, Verlaufsrate: auf der Basis saison- und kalenderbereinigter Quartalswerte.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2* und *Reihe 1.3*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Die Kreditexpansion nimmt zu. Das Volumen der Kredite an den nichtfinanziellen privaten Sektor insgesamt lag im April 4,2 Prozent über seinem Vorjahreswert. Dabei behielten die Wohnungsbaukredite mit 4,5 Prozent ihr Wachstumtempo der vergangenen Monate in etwa bei. Zunehmend kräftiger entwickelten sich zuletzt die Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen, die um 5,2 Prozent zulegten, und die sonstigen Kredite an private Haushalte, welche um 1,4 Prozent stiegen. Daraus ergibt sich ein anhaltend positiver Kreditimpuls. Der Trend zur verstärkten Unternehmensfinanzierung über die Kapitalmärkte setzte sich im laufenden Jahr

¹ Kreditrichtlinien bezeichnen die internen Vorgaben einer Bank, die vor den Verhandlungen über einen konkreten Kredit festlegen, welche Art von Krediten die Bank prinzipiell für wünschenswert erachtet (sektorale oder regionale Prioritäten, Einkommens- oder Bilanzsituation, Alter oder Beschäftigungsstatus des Nachfragers etc.). Sie legen generelle Voraussetzungen fest, die ein Kreditnehmer erfüllen soll, damit die Bank eine Kreditvergabe an ihn in Erwägung zieht. Demgegenüber beschreiben die Kreditbedingungen die Konditionen (Zinsen, Kreditsumme, Laufzeit, zu stellende Sicherheiten etc.), zu denen die Bank bereit ist, einen Kredit zu gewähren.

allerdings nicht fort. Gegenüber dem Vorjahresmonat nahm die Summe der ausstehenden Unternehmensanleihen im April lediglich um 2,1 Prozent zu (im vergangenen Jahr waren nahezu ausschließlich zweistellige Zuwachsraten zu verzeichnen).

Die EZB unterstreicht ihren akkommodierenden geldpolitischen Kurs. Auf der jüngsten Ratssitzung am 14. Juni wurde beschlossen, dass die Nettoanleihekäufe wie geplant bis Ende September im Umfang von monatlich 30 Mrd. Euro fortgesetzt werden. Danach plant die EZB, bis zum Jahresende jeden Monat weitere 15 Mrd. Euro auszugeben und die Nettokäufe dann einzustellen. Fällig werdende Anleihen sollen danach noch für längere Zeit reinvestiert werden, um ein günstiges Liquiditätsumfeld und die reichliche monetäre Unterstützung aufrechtzuerhalten. Die Zinsen für Einlage-, Haupt-, und Spitzenrefinanzierungsfazilität stehen unverändert bei -0,4, 0,0 bzw. 0,25 Prozent. Auf diesen Niveaus sollen sie auch mindestens bis einschließlich Sommer 2019 verbleiben und nur angehoben werden, sofern sichergestellt ist, dass der gegenwärtig erwartete Anpassungspfad der Inflation zurück zum Zentralbankziel dadurch nicht beeinträchtigt wird.

Die Ausfuhren werden nach einer Verschnaufpause wieder merklich zunehmen. Zu Jahresbeginn waren die Ausfuhren deutlich rückläufig; insbesondere die Lieferungen in die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich gingen zurück, wobei nicht zuletzt die Aufwertung des Euro dämpfend gewirkt haben dürfte. Im laufenden Quartal werden die Exporte wohl nur verhalten expandieren. Zwar sind die Produktionserwartungen in den deutschen Absatzmärkten ausgehend von einem hohen Niveau erneut gestiegen; und die deutschen Unternehmen bewerten ihren Bestand an Aufträgen aus dem Ausland überaus positiv. Jedoch sind die Exporterwartungen im Verarbeitenden Gewerbe zuletzt auf das Niveau vom Beginn des Jahres 2017 zurückgekehrt, und die Auftragseingänge aus dem Ausland – insbesondere aus dem Euroraum – verzeichneten nach außerordentlichen Zunahmen Ende vergangenen Jahres spürbare Rückgänge. Auch ging die Ausfuhr im Spezialhandel für den April nominal sowie in preisbereinigter Rechnung leicht zurück. Im weiteren Verlauf dürften die

Ausfuhren im Einklang mit der lebhaften Konjunktur in den Absatzmärkten wieder mit kräftigeren Raten expandieren. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit dürfte sich nach und nach verbessern und somit stützend wirken. Insgesamt werden die Exporte wohl mit Raten von 3,4 Prozent im laufenden Jahr und 4,9 Prozent im kommenden Jahr zulegen.

Die Einfuhren nehmen ihren Expansionskurs nach einem kurzen Dämpfer wieder auf. Nachdem sie im ersten Quartal merklich zurückgegangen waren, dürften die Importe im laufenden Quartal wieder lebhaft zulegen. Darauf deutet die Einfuhr im Spezialhandel hin, die für den April sowohl nominal als auch nach Preisbereinigung eine spürbare Zunahme aufweist. Auch im weiteren Verlauf werden die Importe wohl mit hohen Raten steigen. So werden sie insbesondere durch den kräftigen privaten Konsum angeregt, aber auch die etwas anziehenden Ausrüstungsinvestitionen sowie die Nachfrage nach Vorleistungsgütern seitens der Exporteure stützen die Einfuhren. Alles in allem rechnen wir mit Zunahmen der Importe von 3,6 Prozent im laufenden Jahr und 5,9 Prozent im kommenden Jahr.

Die Terms of Trade verbessern sich im Prognosezeitraum kaum. Zu Jahresbeginn verschlechterten sie sich leicht, da die Einfuhrpreise mit dem vorangegangenen Ölpreisanstieg stärker zulegten als die Ausfuhrpreise. Im laufenden sowie im kommenden Quartal dürften die Terms of Trade nahezu unverändert bleiben. So deuten die vorliegenden Monatswerte im Spezialhandel darauf hin, dass sowohl die Ausfuhr- als auch die Einfuhrpreise geringfügig zunehmen. Dabei dürften sich dämpfende Preiseffekte durch die Aufwertung des Wechselkurses zu Jahresbeginn und inflationäre Effekte seitens des anhaltenden Ölpreisanstiegs in etwa ausgleichen. Im weiteren Verlauf werden die Ausfuhrpreise wohl mit etwas höheren Raten expandieren als die Einfuhrpreise, da sich die Preissetzungsspielräume der Exporteure aufgrund der lebhaften Weltkonjunktur ausweiten. Insgesamt rechnen wir bei im historischen Vergleich geringen Veränderungen der Terms of Trade mit einer Verschlechterung von 0,3 Prozent im laufenden Jahr und einer Verbesserung von 0,3 Prozent im Jahr 2019.

Die binnenwirtschaftliche Dynamik zieht wieder an. Die heimische Absorption expandierte im ersten Quartal wieder dynamischer, nachdem sie in der zweiten Jahreshälfte des Vorjahres eine deutlich langsamere Gangart eingeschlagen hatte. Insgesamt legte die inländische Verwendung (ohne Vorratsveränderungen) um 0,5 Prozent zu, nach jeweils rund 0,2 Prozent in den beiden Vorquartalen. Maßgeblich war, dass der private Konsum und die Bauinvestitionen, die in den Vorquartalen trotz der äußerst anregenden Rahmenbedingungen kaum mehr als stagniert hatten, wieder spürbar zulegen. Auch die Unternehmensinvestitionen beschleunigten sich, während die öffentlichen Konsumausgaben um 0,5 Prozent zurückgingen. Im Prognosezeitraum wird die heimische Absorption voraussichtlich wieder in höherem Tempo zunehmen. So dürften die massiven Einkommenszuwächse, die durch deutliche Leistungsausweitungen und Abgabensenkungen zusätzlich befeuert werden, die Konsumkonjunktur ankurbeln. Auch die Bauinvestitionen werden wohl weiter recht lebhaft expandieren; einer stärkeren Expansion stehen allerdings wohl Kapazitätsengpässe entgegen. Die Unternehmensinvestitionen werden voraussichtlich ihr bislang moderates Expansions-tempo beibehalten, da die grundsätzlich hohe Investitionsbereitschaft der Unternehmen offenbar durch das fragile internationale Umfeld gedämpft wird.

Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte steigen kräftig. So werden aufgrund der guten Lage am Arbeitsmarkt die Bruttolöhne und -gehälter weiter deutlich zulegen. Im laufenden Jahr dürfte die Lohnsumme mit 5,2 Prozent mit einer so hohen Rate expandieren wie seit dem Jahr 1992 nicht mehr. Im kommenden Jahr wird der Anstieg mit knapp 5 Prozent voraussichtlich nur etwas geringer ausfallen. Hinzu kommt, dass die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte durch Leistungsausweitungen und Abgabensenkungen erhöht werden. Im laufenden Jahr werden die Steuer- und Beitragssenkungen (Einkommensteuer, Rentenversicherungsbeitrag) die durch die Steuerprogression angelegten zusätzlichen Belastungen in etwa aufwiegen, so dass die Nettolöhne und -gehälter mit einer ähnlich hohen Rate wie die Bruttolöhne

und -gehälter zulegen werden. Im kommenden Jahr werden insbesondere die im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung vereinbarten Maßnahmen (z.B. Anpassung des Einkommensteuertarifs, Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung) dazu führen, dass die Nettolöhne und -gehälter mit 5,5 Prozent sogar deutlich rascher zulegen. Die monetären Sozialleistungen werden im laufenden Jahr wohl nicht ganz das hohe Tempo vom Vorjahr halten können, in dem eine kräftige Rentenanpassung ausschlaggebend gewesen war. Für das kommende Jahr zeichnet sich jedoch eine deutliche Beschleunigung auf 4,5 Prozent ab, vor allem aufgrund der Ausweitung der Mütterrente und einer wieder höheren Rentenanpassung. Insgesamt belaufen sich die Abgabensenkungen und Leistungsausweitungen im laufenden Jahr auf etwa 0,2 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt und im kommenden Jahr auf zusätzlich 0,3 Prozent. Vor diesem Hintergrund werden sich die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte im laufenden Jahr um 3,8 Prozent und im kommenden Jahr um 4,4 Prozent erhöhen. Gedämpft wird die Kaufkraft der verfügbaren Einkommen durch die anziehende Inflation, wozu im laufenden Jahr vor allem die jüngsten Anstiege bei den Rohölpreisen beitragen. Insgesamt werden die real verfügbaren Einkommen im laufenden Jahr mit knapp 2 Prozent im Vergleich zum Vorjahr wohl in etwas geringerem Tempo zulegen. Für das kommende Jahr zeichnet sich mit 2,5 Prozent ein deutlich höherer Anstieg ab.

Die privaten Konsumausgaben lassen ihre Schwächephase hinter sich. Der private Konsum legte in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres trotz der anhaltenden hohen Einkommenszuwächse der privaten Haushalte kaum zu. Zum Teil dürfte diese Schwächephase eine Korrektur infolge der sehr kräftigen Anstiege in der ersten Jahreshälfte darstellen. Hinzu kommt, dass die privaten Konsumausgaben in den vergangenen Jahren, zumindest für das vierte Quartal, zunächst zu niedrig ausgewiesen worden waren und in der Folge merklich nach oben revidiert wurden (Jannsen 2018: [IfW-Box 2018.2](#)). In der Tat sind die zunächst ausgewiesenen Zuwachsraten für den privaten Konsum für das vierte Quartal durch das Statis-

tische Bundesamt bereits etwas nach oben angepasst worden. Im ersten Quartal des laufenden Jahres expandierten die privaten Konsumausgaben mit einer Zuwachsrate von 0,4 Prozent wieder etwas lebhafter. Im Prognosezeitraum dürften sie sich im Einklang mit den kräftigen Einkommenszuwächsen weiter beschleunigen. Für das zweite Quartal sprechen zudem die vorliegenden Daten für die Einzelhandelsumsätze für einen deutlichen Anstieg. Alles in allem werden die privaten Konsumausgaben im laufenden Jahr mit 1,6 Prozent wohl mit einer etwas geringeren Rate als im Vorjahr zulegen, allerdings vor allem aufgrund des niedrigen Ausgangsniveaus zu Jahresbeginn. Für das kommende Jahr zeichnet sich mit 2,5 Prozent eine merklich höhere Zuwachsrate ab. Zwar sprechen das niedrige Zinsniveau (Deutsche Bundesbank 2017; ING 2016) sowie der demographische Wandel für eine in der Tendenz rückläufige Sparquote. Doch dürften im Prognosezeitraum die ausgesprochen hohen Einkommenszuwächse, die zumindest vorübergehend überproportional in die Ersparnis fließen könnten, und die hohen Wohnungsbauinvestitionen dem jedoch entgegenwirken. Vor diesem Hintergrund rechnen wir für die Sparquote damit, dass sie im Prognosezeitraum auf dem im vierten Quartal erzielten Niveau von saisonbereinigt 10 Prozent bleiben wird.

Die Bauinvestitionen reizen die Produktionskapazitäten immer weiter aus. Die Rahmenbedingungen für die Bauinvestitionen sind nach wie vor ausgesprochen günstig. So regen die günstigen Finanzierungsbedingungen und die hohen Einkommenszuwächse den privaten Wohnungsbau an. Zudem stimuliert die gute Kassenlage der Kommunen, die für einen Großteil der Bauinvestitionen verantwortlich sind, neben Fördermaßnahmen des Bundes die öffentlichen Investitionen. Dies spiegelt sich auch in dem hohen Auftragsbestand und dem im ersten Quartal hohen Niveau der Auftragsgänge (bei allerdings sehr hohen Schwankungen im Monatsverlauf) wider. Gleichwohl tendierten die Bauinvestitionen im Verlauf des vergangenen Jahres zur Schwäche und waren in der zweiten Jahreshälfte sogar rückläufig. Dazu beigetragen haben dürften zunehmende Kapazitätsengpässe seitens der Bauindustrie, befindet sich die Kapazitätsauslastung aus-

weislich Unternehmensbefragungen doch bereits seit einiger Zeit auf historischen Höchstwerten. Auch die kräftig anziehenden Preise deuten in diese Richtung. Die Kapazitätsengpässe dürften jedoch allmählich überwunden werden, da die Bauunternehmen ihre Kapazitäten aufgrund der anhaltend günstigen Geschäftsaussichten wohl nach und nach ausweiten werden. Dies zeigt sich auch in den Befragungen des DIHK, denen zufolge die Investitionsneigung der Bauunternehmen ausgesprochen hoch ist (DIHK 2018). Für das laufende Jahr revidieren wir unsere Prognose mit einer Zuwachsrate von knapp 4 Prozent spürbar nach oben, vor allem weil die Bauinvestitionen im ersten Quartal mit mehr als 2 Prozent deutlich stärker anzogen als von uns erwartet, und weil die vorliegenden monatlichen Daten für die Bauproduktion auf einen erneut recht kräftigen Anstieg im zweiten Quartal hindeuten. Sofern die Bauunternehmen ihre Kapazitäten tatsächlich wie geplant ausweiten können, dürften die Bauinvestitionen im kommenden Jahr mit einer ähnlichen Rate zulegen. Gleichwohl dürften die Unternehmen selbst in diesem Fall der regen Nachfrage kurzfristig kaum nachkommen können, so dass wir davon ausgehen, dass die Baupreise in ähnlich hohem Tempo zulegen werden wie im Winterhalbjahr. Wir rechnen mit Anstiegen der Baupreise im laufenden und im kommenden Jahr von jeweils mehr als 4 Prozent.

Die Unternehmen weiten ihre Investitionen nur in moderatem Tempo aus. Zwar ist das Investitionsumfeld aufgrund der nach wie vor günstigen Geschäftslage bei bereits sehr hoch ausgelasteten Kapazitäten für die Unternehmen (auch außerhalb der Bauwirtschaft) sehr anregend. Allerdings haben sich die Erwartungen der Unternehmen wohl auch aufgrund des fragilen internationalen Politikumfelds zuletzt deutlich eingetrübt. Für die Bedeutung des politischen Umfelds spricht der jüngste Anstieg des Indikators für die politische Unsicherheit. Auch konzentrierte sich der Rückgang bei den Auftragseingängen für Investitionsgüter in den vergangenen Monaten nicht nur auf Deutschland, sondern war international breit angelegt. Vor diesem Hintergrund dürften die Unternehmen ihre Investitionen wohl nur in moderatem Tempo ausweiten und damit spürbar langsamer als

in früheren Aufschwungsphasen in Deutschland. Gegen eine deutliche Abschwächung der Unternehmensinvestitionen spricht die ausweislich Umfragen recht hohe Investitionsneigung bei vielen Unternehmen. Für das laufende und für das kommende Jahr rechnen wir mit Anstiegen bei den Ausrüstungsinvestitionen von jeweils rund 4 Prozent.

Das teurere Rohöl lässt die Verbraucherpreis-inflation kurzzeitig aufflammen. Nach einem Rücksetzer im Februar stieg der Ölpreis zuletzt stark an; ein Fass der Sorte Brent kostete im Mai zeitweilig knapp 80 Dollar und war damit über 50 Prozent teurer als noch vor einem Jahr. Der Außenwert des Euro setzte seine merkbare Aufwertung vom Jahresbeginn, die damals noch dem Einfluss des Ölpreisanstiegs auf die Verbraucherpreise entgegenwirkte, zuletzt nicht fort. Dies machte sich auch in einem deutlichen Anstieg der Verbraucherpreis-inflation bemerkbar, die im Mai auf 2,1 Prozent kletterte, während sie in den Monaten zuvor jeweils bei etwa anderthalb Prozent gelegen hatte. Neben der Energiekomponente trugen insbesondere auch die Nahrungsmittel überdurchschnittlich zum allgemeinen Preisanstieg bei. Die Kerninflation ohne diese beiden volatilen Komponenten blieb dagegen nahezu konstant und betrug zuletzt 1,5 Prozent. Wir rechnen damit, dass der Ölpreis – unter anderem wegen der Sanktionen gegen den Iran und des wirtschaftlichen Chaos in Venezuela – noch einige Monate Rückenwind erhalten wird. Allerdings dürfte im Herbst die OPEC die dann auslaufenden Förderquoten, auf die sie sich angesichts deutlich niedrigerer Ölpreise geeinigt hatte, nicht in ihrer jetzigen Form verlängern, so dass dann der Auftrieb bei den Energiepreisen nachlassen dürfte. Gleichzeitig nimmt die Überauslastung der Produktionskapazitäten im Prognosezeitraum weiter zu, weshalb wir insgesamt sowohl für dieses als auch das kommende Jahr Inflationsraten von etwa 2,0 Prozent erwarten.

Die Lohnkosten steigen schneller als die Wertschöpfung. Nach einem Zuwachs von 2,1 Prozent im vergangenen Jahr wird der Tariflohnanstieg im laufenden und kommenden Jahr kräftiger ausfallen (2,9 bzw. 2,7 Prozent). Maßgeblich hierfür sind die jüngsten Abschlüsse in der Metall- und Elektroindustrie, im öffentlichen

Dienst (Bund und Gemeinden) sowie im Bauhauptgewerbe, die allesamt deutlich höhere Tarifierhebungen vorsehen als die jeweils ausgelaufenen Tarifverträge. Im kommenden Jahr steht einer weiteren Beschleunigung der Tarifverdienste entgegen, dass die Verträge in der Metall- und Elektroindustrie und im Bauhauptgewerbe lediglich Einmal- und Sonderzahlungen vorsehen, die den Tariflohnanstieg in diesen Bereichen im Vergleich zum Vorjahr spürbar dämpfen. Zudem dürfte der Tariflohnanstieg bereits geringfügig durch die für Anfang 2019 geplante Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung gedämpft werden (Kasten 1). Durch die Verschiebung von Krankenkassenbeiträgen von Arbeitnehmern hin zu Arbeitgebern steigen die Nettolöhne der Arbeitnehmer prozentual stärker als die Lohnkosten der Arbeitgeber. Vereinbaren beide Seiten infolgedessen geringere Bruttolohnsteigerungen, um den Lohnkostenanstieg rückgängig zu machen, werden negative Beschäftigungseffekte vermieden bei gleichzeitig höheren Nettolöhnen. Da die Tarifverträge aufgrund festgelegter Laufzeiten nur nach und nach angepasst werden können, wird sich diese Anpassung allerdings über mehrere Jahre erstrecken. Die Effektivverdienste (Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer) steigen mit je 3,5 Prozent im laufenden und kommenden Jahr weiter stärker als die Tarifverdienste. Maßgeblich sind die weiter zunehmenden Anspannungen am Arbeitsmarkt, wodurch Arbeitgeber immer schwieriger offene Stellen besetzen können. Zwar beschleunigen sich die heimischen Preise etwas (gemessen am Deflator des Bruttoinlandsprodukts), die Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen schwächelt jedoch vorübergehend aufgrund der konjunkturellen Delle in der ersten Hälfte des laufenden Jahres. Die realen Lohnstückkosten legen vor diesem Hintergrund spürbar zu, wenngleich sie weiterhin unterhalb ihres langjährigen Durchschnitts bleiben. In der Folge werden von der Lohnkostenseite die positiven Impulse auf die Arbeitsnachfrage der Unternehmen nachlassen. Hierzu trägt im kommenden Jahr die Erhöhung der Arbeitgeberbeiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung durch die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung bei. Die Beitragssatzsenkung in der Arbeitslosenversicherung wird hin-

gegen vollständig durch die Beitragssatzanhebung in der Pflegeversicherung kompensiert.

Der Beschäftigungsaufbau bleibt robust. Die Erwerbstätigkeit stieg im ersten Quartal außerordentlich kräftig (+195 000 Personen) aufgrund starker Zuwächse zwischen November und Januar. Seit Februar hat sich das Tempo auf niedrigerem Niveau eingependelt. Für das zweite Quartal rechnen wir mit einem Zuwachs von 120 000 Erwerbstätigen. Die Frühindikatoren zur Arbeitsnachfrage haben zwar zuletzt etwas nachgegeben, liegen jedoch weiterhin auf sehr hohem Niveau. Angesichts der voraussichtlich wieder höheren konjunkturellen Dynamik, des weiterhin beschäftigungsfreundlichen Verhältnisses zwischen realen Lohnkosten und Produktivität sowie der anhaltenden Ausweitung des Arbeitskräfteangebots bleibt der Beschäftigungsaufbau im gesamten Prognosezeitraum aufwärtsgerichtet. Allerdings führen die alternde Bevölkerung und eine nachlassende Zuwanderung zu abnehmenden Zuwächsen beim Erwerbspersonenpotenzial, so dass einem weiteren kräftigen Beschäftigungsaufbau zunehmend Knappheiten beim Arbeitskräfteangebot entgegenstehen. Die Arbeitslosigkeit bleibt abwärtsgerichtet, sie sinkt aber weiterhin weniger stark, als die Beschäftigung steigt, auf 5,2 Prozent im laufenden Jahr und 4,9 Prozent im kommenden Jahr.

Die öffentlichen Haushalte schließen im Jahr 2018 abermals mit einem Rekordüberschuss ab. Die Konjunktur sorgt weiterhin für sprudelnde Einnahmen. Insbesondere die starke Arbeitsmarktdynamik führt zu steigenden Beitragszahlungen und einer florierenden Lohnsteuer. Zugleich werden durch den Beschäftigungszuwachs die Ausgaben für monetäre Sozialleistungen gedämpft. Auch wenn infolge der vergangenen Lohnzuwächse die Renten zum 1. Juli um über 3 Prozent erhöht werden und zusehends Fluchtmigranten Anspruch auf ALG II erhalten, bleibt der Anstieg der Ausgaben für monetäre Sozialleistungen merklich hinter dem Einnahmeanstieg zurück. Zudem sank der Staatskonsum zu Jahresbeginn. Dies dürfte auch damit zusammenhängen, dass die Fluchtmigration abgeebbt ist und Ausgaben im Bereich der Erstaufnahme weggefallen sind, so dass wir davon ausgehen, dass das

schwache erste Quartal nur teilweise im verbleibenden Jahr aufgeholt wird.

Das Jahresergebnis 2018 der öffentlichen Haushalte wird im Vergleich zu dem des Jahres 2017 durch Einmaleffekte begünstigt. Zwar werden im Zuge des Verkaufs der HSH Nordbank Garantien der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg fällig, doch fallen die Zahlungen aus diesem Einmaleffekt geringer aus als die, die im Jahr 2017 durch die Erstattung der Kernbrennstoffsteuer entstanden sind. Zudem kommt es nach der Schiedsgerichtsentscheidung abzüglich bereits einbehaltender Geldleistungen zu einer Zahlung von rund 2 Mrd. Euro des Mautsystembetreibers Tollcollect an den Bund, und die Volkswagen AG muss eine Geldstrafe in Höhe von 1 Mrd. Euro an den Staat leisten.

Die expansiv ausgerichtete Finanzpolitik zeigt sich in einem kräftigen Anstieg der Ausgaben im kommenden Jahr. Im Jahr 2019 dürften mehrere im Koalitionsvertrag der aktuellen Regierung angestrebte Maßnahmen umgesetzt werden. Unter anderem rechnen wir mit der Aufstockung der sogenannten Mütterrente zum 1. Januar. Da zudem der Rentenwert zur Mitte des Jahres 2019 erneut merklich angehoben wird, zusätzliche Ausgaben für den Ausgleich zwischen Ost- und West-Renten anstehen, die Leistungen der Erwerbsminderungsrente verbessert werden und die Einführung der Grundrente ansteht, steigen die Rentenausgaben kräftig. Ferner werden merklich höhere Zahlungen an die EU fällig, und die Investitionsausgaben des Staates werden wohl deutlich zulegen.

Der Ausgleich der „kalten Progression“ dämpft die Dynamik der Einnahmen. Zum 1. Juli wird der Einkommensteuertarif angepasst, um die in jüngeren Jahren aufgelaufenen Effekte der „kalten Progression“ im engeren Sinne (nur Inflation) auszugleichen. Ferner wird der Kinderfreibetrag und damit einhergehend das Kindergeld angehoben. Die Absenkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung wird hingegen durch eine Anhebung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung im gleichen Umfang konterkariert. Die Wiedereinführung der Parität in der Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung führt zu Mehr-

ausgaben, insofern der Staat als Arbeitgeber auftritt und diese Änderung der Beitragszahlungen noch nicht in den Tarifverträgen berücksichtigt werden konnte.² Alles in allem dürfte der Anstieg der Einnahmen merklich geringer ausfallen als der der Ausgaben und der Überschuss moderat sinken.

Risiken und Wirtschaftspolitik

Mit zunehmender Nähe zum konjunkturellen Wendepunkt sind Prognosen mit besonderer Unsicherheit behaftet. Ausweislich einer Vielzahl an Indikatoren hat die deutsche Wirtschaft bereits seit einiger Zeit die normale Kapazitätsauslastung deutlich überschritten. So befindet sich der Anteil der Unternehmen, die ihre Produktion durch fehlende Nachfrage beschränkt sehen, nahe historischen Tiefstwerten. Gleichzeitig berichten viele Unternehmen von massiven Schwierigkeiten, geeignetes Personal zu rekrutieren. Auch unsere Echtzeit-Schätzung der Produktionslücke signalisiert eine deutliche Überbeanspruchung der gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten. Umfragen zufolge liegt die Kapazitätsauslastung in der Industrie bereits nahe, aber noch nicht gleichauf mit den seit der Wiedervereinigung gemessenen Spitzenwerten. Nachdem die industrielle Kapazitätsauslastung acht Quartale in Folge angezogen hatte, gab sie in diesem Frühjahr leicht nach. Insgesamt zeigt sich damit deutliche Evidenz dafür, dass die deutsche Wirtschaft derzeit in der Nähe des oberen konjunkturellen Wendepunktes operiert, bei dem der Aufschwung in einen Abschwung umschlägt. Auch Prognosemodelle signalisierten zuletzt ein erhöhtes Risiko für den Beginn eines Abschwungs (Kasten 2). Ob die Produktionsreserven hierzulande bereits tatsächlich ausgereizt sind und daher von dieser Seite der Expansionsprozess gebremst wird, unterliegt jedoch einer erheblichen Diagnoseunsicherheit. Hierzu trägt nicht zuletzt der strukturelle Wandel bei, der dazu führt, dass die historisch beobachteten Höchstwerte für die Kapazitätsauslastung zwar Anhaltspunkte, aber keine exakten Maxi-

malwerte für die mögliche Abweichung der ökonomischen Aktivität von ihrem Normalniveau darstellen.

Von der Außenhandels- und Sicherheitspolitik der Vereinigten Staaten sowie von Unwägbarkeiten in der Europäischen Union gehen weiterhin erhebliche politische Risiken aus. Bereits in unserer Frühjahrsprognose haben wir auf die Risiken hingewiesen, die aus einem eskalierenden Handelskonflikt für die Weltwirtschaft und damit auch für die deutsche Konjunktur resultieren. Seitdem haben die Anzeichen zugenommen, dass es nicht bei den von der US-Regierung verhängten höheren Zöllen auf Stahl- und Aluminiumprodukte bleibt, denen für sich genommen keine gesamtwirtschaftliche Bedeutung zukommt. So hat die EU Retorsionszölle angekündigt, die zur Jahresmitte in Kraft treten sollen, woraufhin die Vereinigten Staaten weitere Zölle auf Automobilimporte angedroht haben. Zugleich verschärft sich der Handelskonflikt zwischen den Vereinigten Staaten und China. Hinzu kommt, dass das Aufkündigen des Nuklearabkommens mit den Iran seitens der Vereinigten Staaten mit einem neuen Sanktionsregime einhergeht. All das erhöht die Unsicherheit über die weltwirtschaftliche Entwicklung und wirkt bereits über den Vertrauenskanal dämpfend auf Investitionsentscheidungen. Hinzu kommt, dass neue Handelshemmnisse nicht nur wohlfahrtsschädlich sind, sondern grenzüberschreitende Lieferketten stören und so bestehende Produktionsstrukturen zum Teil obsolet werden lassen. Die damit einhergehenden Einkommensverluste belasten unmittelbar auch die konjunkturelle Dynamik. Neben den aufflammenden protektionistischen Tendenzen, die derzeit maßgeblich von den Vereinigten Staaten ausgehen, nähren auch die jüngsten Entwicklungen in der EU die politische Unsicherheit. So ist der wirtschafts- und finanzpolitische Kurs der neuen italienischen Regierung noch unklar, und in Spanien stehen Neuwahlen bevor. Darüber hinaus zeichnet sich über die im Raum stehenden Reformvorschläge für die Europäische Währungsunion bislang kein Konsens unter den Mitgliedsländern ab. Auch dies erschwert die Erwartungsbildung der ökonomischen Akteure und dämpft somit die konjunkturelle Dynamik. Verschärfen sich die politischen Konflikte –

² Mit Blick auf makroökonomische Rückwirkungen ist zu berücksichtigen, dass durch die Mehrausgaben der Arbeitgeber deren Gewinne und somit die Gewinnsteuern belastet werden.

etwa durch ein Weiterdrehen der transatlantischen Protektionismusspirale oder ein offenes Zerwürfnis über die Stabilitätspolitik im Euro-Raum – so würde die Expansion der hiesigen Wirtschaftsleistung voraussichtlich schwächer ausfallen, als es die vorliegende Prognose vorsieht. Freilich bedeutet dies im Umkehrschluss auch, dass eine Entspannung der politischen Konflikte zusätzliche Auftriebskräfte mobilisieren dürfte, womit die Frage der Kapazitätsschranken der deutschen Wirtschaft für die Einschätzung der konjunkturellen Dynamik umso bedeutsamer würde.

Unilaterale Handelsliberalisierung ist eine bedenkenswerte Politikoption für die EU. Die auf Reziprozität ausgerichtete Außenhandelspolitik der EU führt im transatlantischen Handelskonflikt zu einer Reaktion auf die von den Vereinigten Staaten ausgehenden protektionistischen Vorstöße, die primär auf Retorsionsmaßnahmen setzt. Die nun geplanten Retorsionszölle würden nicht nur den Vereinigten Staaten, sondern auch den wirtschaftlichen Interessen der EU schaden, wenn sie in Kraft gesetzt werden. Dieses Kalkül zielt zwar darauf ab, durch Androhung von zusätzlichen beiderseitigen Nachteilen, die – ebenfalls zum beiderseitigen Schaden – erhobenen neuen Zollschranken auf US-amerikanischer Seite rückgängig zu machen. Es ist aber fraglich, ob ein solcher Politikansatz im wohlverstandenen langfristigen Interesse der wirtschaftlichen Akteure in der EU liegt (Kooths 2018). Letztlich geht es um die Frage, ob sich die Wirtschaftspolitik in der EU (insbesondere mit Blick auf grenzüberschreitende Handels- und Kapitalströme) davon abhängig machen sollte, was andere Länder tun. Dies gilt auch für die Reaktion auf protektionistische Maßnahmen der Handelspartner. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Zölle nur die Spitze des Eisbergs sind. Von der Grundlogik her müsste die EU auf alles reagieren, was sie in anderen Wirtschaftsräumen für global schädlich hält und als Reaktion darauf die jeweiligen Tauschmöglichkeiten beschneiden. Damit droht ein Interventionsknäuel, das nur schwer wieder zu entwirren sein wird. Die Idee der Reziprozität hat in der Außenwirtschaftspolitik etwas Lähmendes, weil dabei im Vordergrund steht, wer im konkreten Fall wieviel relativ zu anderen gewinnt. Dabei kommt

das Grundmotiv ergebnisoffener internationaler Wettbewerbsprozesse allzu leicht unter die Räder. Demgegenüber ist eine unilaterale Handelsliberalisierung seitens der EU eine alternative Politikoption, die die freie Welthandelsordnung stärkt (Langhammer 2018; Krugman 1997). Der Grundgedanke der WTO besteht nicht im Multilateralismus an sich, sondern in der Meistbegünstigung (Gleichbehandlung aller Handelspartner). Daher wäre eine Lösung des transatlantischen Handelskonflikts, bei der die EU – etwa durch angedrohte Vergeltungszölle – von den US-Zöllen auf Stahl- und Aluminiumprodukte verschont würde, nicht im eigentlichen Sinne der WTO, auch wenn diese Vergeltungsmaßnahmen zulässt. Ein Wirtschaftsraum, der unilateral ausländische Anbieter gegenüber inländischen Anbietern gleichstellt (also auf Zölle und nicht-tarifäre Handelshemmnisse einseitig gänzlich verzichtet), würde demgegenüber dem Meistbegünstigungsgrundsatz perfekt erfüllen, sich weitreichende internationale Tauschmöglichkeiten erschließen und wenig Anlass zu internationalen Handelskonflikten bieten.

In der nationalen Wirtschaftspolitik gerät die Frage der nachhaltigen Finanzierung der Sozialversicherungen angesichts von Hochkonjunktur und demografischem Zwischenhoch zu sehr aus dem Blick. Die derzeitige Arbeitsmarktlage führt dazu, dass mit Ausnahme der sozialen Pflegeversicherung sich die Sozialversicherungen in einer finanziell sehr guten Lage befinden. Die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen und die ersten Schritte der neuen Bundesregierung zeigen an, dass die günstige Finanzlage in Leistungsausweitungen umgemünzt werden, die zum Teil dauerhafter Natur sind. So wird die Mütterrente ausgeweitet, und eine Grundrente soll eingeführt werden. Die Anhebung des Beitragssatzes in der Pflegeversicherung, die das zeitgleiche Absenken des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung konterkariert, dient nur zum Auffüllen von Finanzierungslücken. Die Diskussion über die Leistungsmöglichkeiten dieser Versicherung unterbleibt dabei. Bemerkenswerterweise führt auch die Wiedereinführung der paritätischen Beitragsfinanzierung in der gesetzlichen Krankenversicherung mittel- bis langfristig durch Einnahmeausfälle zu einer steigenden Belas-

tung des Sozialversicherungssystems, da mittel- bis langfristig das Arbeitnehmerentgelt von dieser „Reform“ kaum wesentlich berührt werden dürfte, es aber zu Lasten der Bruttolöhne und -gehälter und damit zu Lasten der Sozial-

versicherungen neu aufgeteilt wird (Kasten 1). Auch wenn dies vermutlich nicht intendiert war und die Effekte eher gering sind, dient auch diese Reform nicht der Nachhaltigkeit des Sozialversicherungssystems.

Kasten 1:**Gesamtwirtschaftliche Folgen der geplanten Rückkehr zur paritätischen Finanzierung in der gesetzlichen Krankenversicherung**

Laut Entwurf des Gesetzes zur Beitragsentlastung der Versicherten in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), der vom Bundeskabinett kürzlich beschlossen wurde, sollen ab 1. Januar 2019 die Krankenkassenbeiträge wieder paritätisch (d.h. je zur Hälfte) durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber finanziert werden. Da die Beiträge zu den Sozialversicherungen einen großen Bestandteil des Abgabenteils zwischen den Nettolöhnen der Arbeitnehmer und den Lohnkosten der Arbeitgeber darstellen, ist mit Effekten auf Beschäftigung, Produktion, aber auch auf die Lohnentwicklung zu rechnen. Um die gesamtwirtschaftlichen Folgen abzuschätzen, verwenden wir im Folgenden das in der Deutschen Bundesbank entwickelte, makroökonomische Simulationsmodell GEAR, ein für Deutschland geschätztes großes DSGE-Modell (Gadatsch et al. 2016).

Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass die Rückkehr zur Parität in der GKV im Jahr 2019 leicht dämpfend auf Produktion und Beschäftigung wirkt. Da Arbeitnehmer und Arbeitgeber in Reaktion auf die Maßnahme allerdings nach und nach niedrigere Lohnabschlüsse vereinbaren, steigen Produktion und Beschäftigung ab dem Jahr 2020 wieder an. Nach Ende der gesamtwirtschaftlichen Anpassung liegen Produktion und Beschäftigung minimal über ihrem Ausgangsniveau, während der Bruttolohn je Arbeitnehmer ein niedrigeres Niveau erreicht. Ob die Rückkehr zur Parität langfristig positive Effekte hat, hängt allerdings entscheidend davon ab, wie der Staat die Mindereinnahmen aufgrund der gesunkenen Lohnsumme gegenfinanziert. Im Folgenden werden die Modellergebnisse detaillierter erläutert.

Das Simulationsmodell GEAR beinhaltet mit Deutschland, dem übrigen Euroraum und dem Rest der Welt insgesamt drei Regionen (Germany, Euro Area, Rest of the World). Während sich Deutschland und der übrige Euroraum durch eine detaillierte und mikrofundierte Modellierung auszeichnen, wird der Rest der Welt vereinfachend als VAR-Prozess mit drei Variablen modelliert. Das Modell enthält einen vergleichsweise detaillierten Fiskalsektor. Auf der Ausgabenseite wird unterschieden zwischen öffentlichen Investitionen, Konsumausgaben, Transfers inkl. Arbeitslosenunterstützung, Lohnkosten für Beschäftigte im öffentlichen Dienst sowie Zinszahlungen auf die ausstehende Staatsschuld. Die Staatseinnahmen speisen sich aus Lohnsteuern inkl. Arbeitnehmerbeiträgen, Arbeitgeberbeiträgen, Zinsertragsteuern, Konsumsteuern sowie Kopfsteuern. Der Bruttolohn je Arbeitnehmer wird von den Gewerkschaften so gesetzt, dass das langfristige Nettoeinkommen der Arbeitnehmer maximiert wird, wobei sie die Auswirkungen der Lohnsetzung auf Arbeitsnachfrage und -angebot internalisieren. Die gewinnmaximierenden Unternehmen nehmen die Lohnkosten je Arbeitnehmer als gegeben hin und passen ihre Arbeitsnachfrage daran an. Die Parameterwerte des Modells wurden aus Gadatsch et al. (2016) übernommen; diese sind größtenteils geschätzt mit Quartalsdaten von 1999Q1 bis 2013Q4. Der Zeithorizont der hier vorgestellten Simulation entspricht dem gängigen mittelfristigen Projektionshorizont von 5 Jahren.

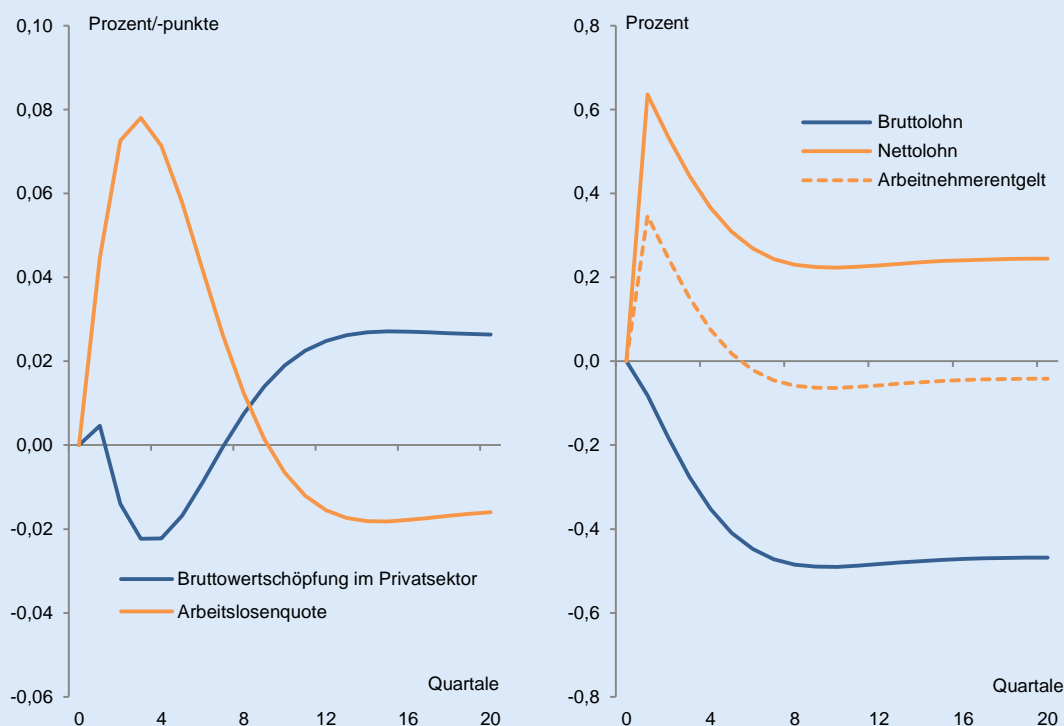
Die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung in der GKV führt dazu, dass der Arbeitnehmerbeitrag um 0,5 Prozentpunkte sinkt, während der Arbeitgeberbeitrag um 0,5 Prozentpunkte steigt. Der sofortige Anstieg des Nettolohns führt im gleichen Quartal zu einer erhöhten Konsumnachfrage und somit zu einer – wenngleich nur minimal – höheren Produktion (Abbildung K1-1). Bereits im Folgequartal machen sich jedoch die gestiegenen Lohnkosten bemerkbar, wodurch die Arbeitsnachfrage der Unternehmen zurückgeht. Die Produktion sinkt (in der Spitze um 0,02 Prozent), und die Arbeitslosenquote steigt (+0,08 Prozentpunkte bzw. 35 000 Personen).

Die Gewerkschaften, die das langfristige Nettoeinkommen der privaten Haushalte maximieren, setzen unter den neuen Gegebenheiten einen niedrigeren Bruttolohn. Dies macht zwar den ursprünglichen Nettolohnanstieg teilweise rückgängig, führt jedoch zu einem niedrigeren Arbeitnehmerentgelt trotz eines höheren Arbeitgeberbeitrags, wodurch die Arbeitsnachfrage am Ende geringfügig höher ist als im Ausgangszustand. In der Folge sinkt die Arbeitslosenquote (-0,02 Prozentpunkte), und die Produktion steigt (+0,03 Prozentpunkte). Der niedrigere Bruttolohn rechnet sich aus Sicht der Arbeitnehmer, da der positive Einkommenseffekt durch die höhere Beschäftigung den negativen Einkommenseffekt durch den etwas niedrigeren Nettolohn überwiegt. Der Abgabenteil ist aufgrund des gesunkenen Bruttolohns absolut gesunken, obwohl er prozentual durch die Maßnahme nicht verändert wurde. Aufgrund von Lohnanpassungskosten im Modell, die die in der Realität über Branchen gestaffelten und im Schnitt für zwei Jahre festgelegten Tarifverträge nachbilden sollen, dauert es eine gewisse Zeit, bis der Bruttolohn das von den Gewerkschaften angestrebte neue Niveau erreicht. Nach ungefähr drei Jahren hat sich die gesamtwirtschaftliche Anpassung größtenteils vollzogen.

Quantitativ sind die Effekte auf Produktion und Arbeitslosigkeit sehr gering. Lediglich bei der Lohnentwicklung ergeben sich etwas größere Effekte: Der Bruttolohn je Arbeitnehmer wird in den ersten beiden

Jahren (dies entspricht den Jahren 2019 und 2020) um je 0,2 Prozentpunkte gedämpft. Theoretisch wären Erwartungseffekte auch schon vor Inkrafttreten des Gesetzes denkbar. Allerdings stehen im laufenden Jahr nur noch in wenigen Tarifbereichen Lohnabschlüsse aus, so dass der Anstieg des durchschnittlichen Bruttolohns je Arbeitnehmer kaum beeinflusst wird.

Abbildung K1-1:
Kurz- bis mittelfristige Auswirkungen der Rückkehr zur Parität in der GKV



Impuls-Antworten nach einer permanenten Reduktion des Arbeitnehmerbeitrags um 0,5 Prozentpunkte bei gleichzeitiger permanenter Anhebung des Arbeitgeberbeitrags um 0,5 Prozentpunkte. Bruttolohn, Nettolohn und Arbeitnehmerentgelt: je Arbeitnehmer, preisbereinigt. Bruttowertschöpfung im Privatsektor: preisbereinigt.

Quelle: Eigene Simulation mithilfe des GEAR-Modells der Deutschen Bundesbank (Gadatsch et al. 2016).

Dass die Rückkehr zur Parität in der GKV langfristig nicht neutral ist, was angesichts der bloßen Umschichtung von Arbeitnehmer- zu Arbeitgeberbeiträgen durchaus zu erwarten gewesen wäre, hängt unter anderem von der Art der Gegenfinanzierung der Maßnahme durch den Staat ab. Wie gezeigt führt die Rückkehr zur Parität langfristig zu einem Rückgang des Bruttolohns. Da die Beschäftigung prozentual weniger stark steigt, sinkt die Bruttolohnsumme und es kommt zu Mindereinnahmen beim Staat. Diese müssen früher oder später gegenfinanziert werden, um die Staatsverschuldung langfristig zu stabilisieren. Die Gegenfinanzierung in der hier vorgestellten Simulation erfolgte durch Anhebung einer Kopfsteuer (*lump-sum tax*). Ein ähnliches Ergebnis ergibt sich, wenn die Gegenfinanzierung über eine Reduktion der staatlichen Transferausgaben durchgeführt wird (Tabelle K1-1). Langfristig negative Effekte werden hervorgerufen, wenn die Einnahmeausfälle durch Erhöhung der Arbeitnehmer- oder Arbeitgeberbeiträge kompensiert werden.^a Erfolgt die Gegenfinanzierung hingegen über eine Reduktion der staatlichen Konsumausgaben, kehren Produktion und Arbeitslosenquote langfristig wieder zu ihrem Ausgangsniveau zurück.

Zu beachten ist, dass im Modell keine Gewinnsteuern enthalten sind. In der Praxis dürfte der durch die Anhebung der Arbeitgeberbeiträge erzeugte Anstieg der Lohnkosten zunächst zu einer Gewinnkompression und damit zu einem Rückgang der Gewinnsteuern führen. Langfristig steigen die Gewinne und Gewinnsteuern allerdings wieder aufgrund der geringeren Lohnkosten. Zudem werden die verschiedenen Zweige der Sozialversicherungen im Modell nicht getrennt modelliert. In der Praxis sind von den Einnahmeausfällen aufgrund der gedämpften Bruttolohnsumme nicht nur die gesetzliche Krankenversicherung, sondern auch die gesetzliche Renten-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung betroffen. Der gesamte Gegenfinanzierungsbedarf bleibt hiervon indes unberührt.

Tabelle K1-1:
Langfristige Auswirkungen der Rückkehr zur Parität in der GKV

	Gegenfinanzierung über				
	Kopfsteuer	Transfers	Staatskonsum	Arbeitnehmerbeiträge	Arbeitgeberbeiträge
Bruttowertschöpfung (real) im Privatsektor	0,03	0,03	0,00	-0,01	-0,03
Bruttolohn (real)	-0,47	-0,47	-0,54	-0,45	-0,54
Nettolohn (real)	0,24	0,24	0,18	-0,11	-0,25
Arbeitnehmerentgelt (real)	-0,04	-0,04	-0,11	0,02	0,05
Arbeitslosenquote	-0,02	-0,02	-0,01	0,01	0,03

Abweichung gegenüber dem Status quo in Prozent/-punkten.

Quelle: Eigene Simulation mithilfe des GEAR-Modells der Deutschen Bundesbank (Gadatsch et al. 2016).

^aDie Gegenfinanzierung nur über Arbeitnehmerbeiträge oder nur über Arbeitgeberbeiträge hebt allerdings die paritätische Finanzierung wieder auf.

Kasten 2:

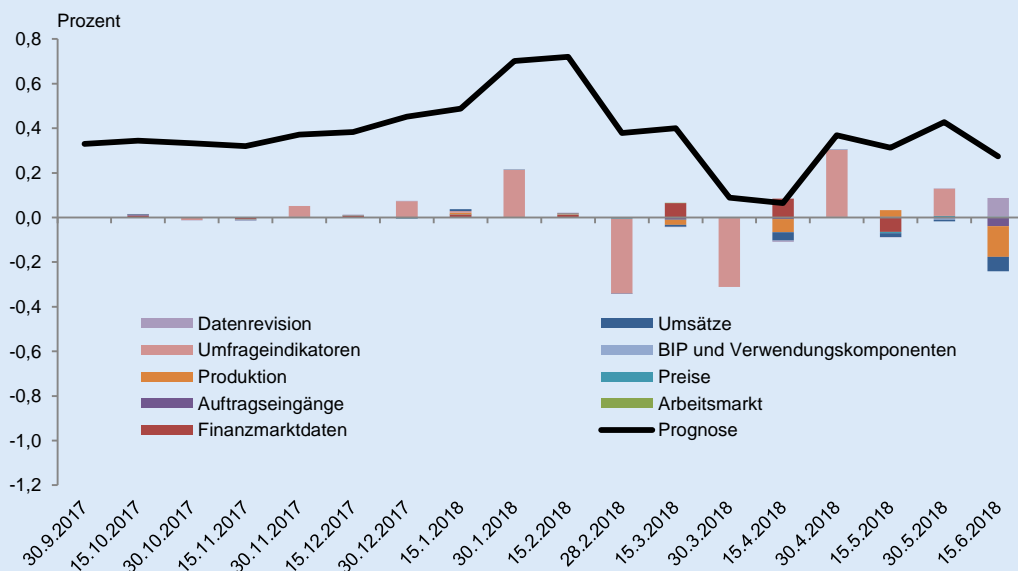
Schwacher Jahresauftakt 2018: Delle oder Beginn eines Abschwungs?

Die Konjunktur hat sich seit dem Jahreswechsel abgekühlt. Die Zuversicht der Unternehmen ist in den vergangenen Monat ausweislich Umfragen des ifo Instituts spürbar zurückgegangen. Auch die Auftrags-eingänge sind seit Jahresbeginn deutlich gesunken. Die langsamere konjunkturelle Gangart zeigte sich in der Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts im ersten Quartal, die mit 0,3 Prozent deutlich niedriger ausfiel als es die Frühindikatoren noch vor einigen Monaten angezeigt hatten. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob es sich dabei nur um eine kurze Schwächephase oder bereits den Beginn eines Abschwungs handelt.

Auch für das zweite Quartal zeigen die Frühindikatoren mittlerweile eine deutlich langsamere Gangart an. So spricht die durchschnittliche Prognose unterschiedlich spezifizierter Faktormodelle für einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von erneut rund 0,3 Prozent (Hauber 2018: [IfW-Box 2018.5](#)). Mitte Februar lag der prognostizierte Wert noch bei über 0,6 Prozent. Maßgeblich für die Abwärtskorrektur der Prognose waren zunächst vor allem die laut Unternehmensbefragungen schlechteren Geschäftsaus-sichten (Abbildung K2-1). Zwar trugen die Stimmungsindikatoren zwischenzeitlich wieder zu einer Auf-wärtskorrektur der Prognose bei.^a Zuletzt sorgte allerdings die schwache Produktion im April für eine erneute Abwärtskorrektur.

Abbildung K2-1:

Prognose für die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts im zweiten Quartal

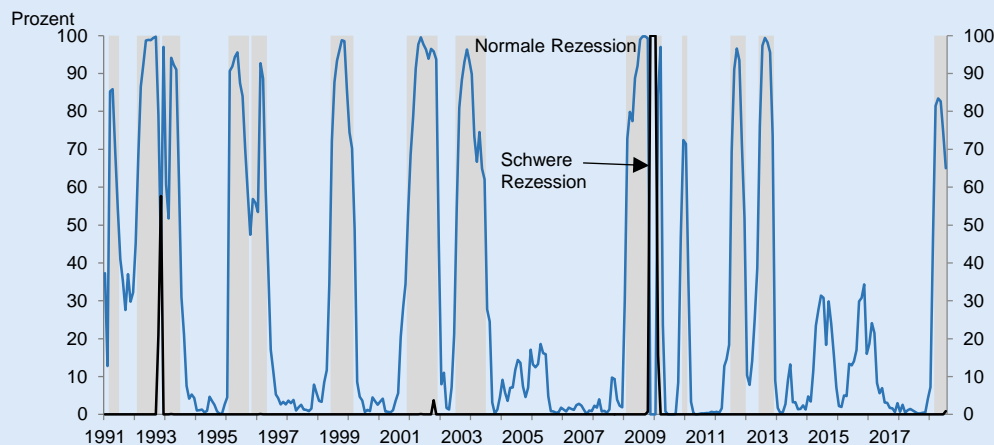


Linie: Prognose der Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts. Balken: gewichtete „News“ nach Variablengruppen; die Summe der Balken ergibt die Prognoserevision.

Quelle: Eigene Berechnungen

Das Modell von Carstensen et al. (2017) zeigt ebenfalls seit einiger Zeit eine deutlich erhöhte Wahr-scheinlichkeit für eine Schwächephase an (Abbildung K2-2). Das Modell selektiert aus einer Vielzahl von Frühindikatoren jeweils drei „harte“ Indikatoren und drei Stimmungsindikatoren, die für einen Vorlauf von drei Monaten die größte Aussagekraft für die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts aufweisen, identi-fiziert anhand dieser Indikatoren konjunkturelle Schwächephasen und ermittelt Wahrscheinlichkeiten, dass solch eine Schwächephase zukünftig eintritt (Carstensen und Wolters 2017: [IfW-Box 2017.14](#)). Die identifizierten Schwächephasen stimmen mit gängigen Rezessionsdatierungen überein. Allerdings identi-fiziert das Modell auch weniger stark ausgeprägte Schwächephasen. Am aktuellen Rand hat sich die Wahrscheinlichkeit zwar jüngst wieder etwas verringert, gleichwohl sprechen die Modellergebnisse da-für, dass die Schwächephase vorerst weiter anhält. Maßgeblich sind die rückläufigen Auftragseingänge und Unternehmenserwartungen.

Abbildung K2-2:
Wahrscheinlichkeit für eine konjunkturelle Schwächephase



Wahrscheinlichkeit normaler und schwerer Rezessionen für Deutschland 1991–2018. Zeiträume mit einer Rezessionswahrscheinlichkeit von über 50 Prozent werden als Rezessionen definiert und sind grau hinterlegt.

Quelle: Carstensen et al. (2017).

Eine Reihe von Indikatoren, die in den Modellen keine oder nur eine untergeordnete Rolle spielen, spricht allerdings dafür, dass die von den Modellen angezeigte konjunkturelle Schwächephase sowohl hinsichtlich der Dauer als auch der Tiefe begrenzt sein dürfte.^b So befinden sich die Stimmungsindikatoren, insbesondere die Lageeinschätzung der Unternehmen, trotz des zuletzt verzeichneten Rückgangs weiterhin auf hohem Niveau. Ausweislich Befragungen des DIHK fiel die Stimmungseintrübung zudem deutlich geringer aus als gemäß der ifo-Befragungen.^c Zudem dürften temporäre Faktoren, wie ein erhöhter Krankenstand, Ferientageeffekte und streikbedingte Ausfälle zur Produktionsschwäche beigetragen haben. Dafür spricht auch, dass sich die Auftragsreichweite der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe weiter auf sehr hohem Niveau befindet. Schließlich dürften auch die allgemeinen Rahmenbedingungen, wie die äußerst günstigen Finanzierungsbedingungen, das beschäftigungsfreundliche Umfeld und die robuste Weltkonjunktur, die trotz der politischen Turbulenzen noch kaum Bremsspuren zeigt, die Konjunktur noch für einige Zeit anregen.

Alles in allem hat sich die konjunkturelle Gangart in der ersten Jahreshälfte merklich verlangsamt. Vor diesem Hintergrund haben wir unsere Prognose für die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts für das laufende Jahr deutlich nach unten angepasst. In der Gesamtschau der Frühindikatoren und Rahmenbedingungen spricht jedoch derzeit einiges dafür, dass es sich um eine temporäre Schwächephase handelt und sich die Konjunktur in der zweiten Jahreshälfte wieder beschleunigt. Die Risiken für einen Abschwung haben sich den Modellergebnissen zufolge in den vergangenen Monaten allerdings deutlich erhöht.

^aInnerhalb der Modelle wird auch die Entwicklung der Frühindikatoren fortgeschrieben. Für die Prognoseanpassung für das Bruttoinlandsprodukt ist deshalb relevant, inwieweit eingehende Frühindikatoren von der innerhalb der Modelle erstellten Fortschreibung abweichen. Insofern kann beispielsweise auch ein rückläufiger Frühindikator zu einer Aufwärtsrevision der Prognose für das Bruttoinlandsprodukt führen. — ^bIn den Modellen wird denjenigen Frühindikatoren eine besonders große Bedeutung zugewiesen, die in der Vergangenheit im Durchschnitt den höchsten Gleichlauf mit der Konjunktur aufwiesen. Allerdings können sich die Bedeutung und die Konstellation der Indikatoren im Zeitablauf ändern. — ^cDie DIHK-Umfragen werden in Prognosemodellen häufig nicht berücksichtigt, da sie lediglich dreimal im Jahr erhoben werden und damit eine andere Frequenz aufweisen als die gängigen Frühindikatoren.

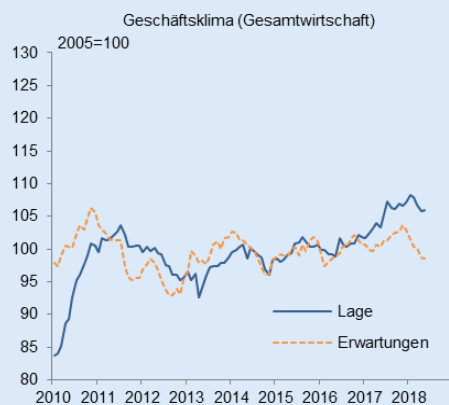
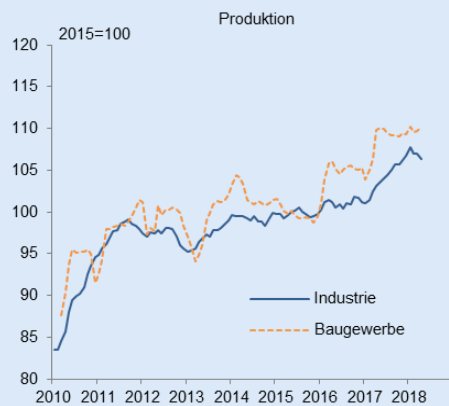
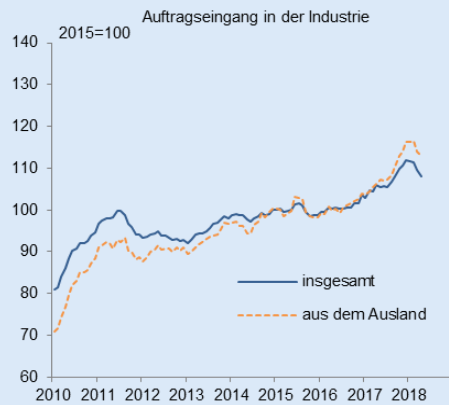
Datenanhang

INHALT

1. Konjunkturindikatoren.....	19
2. Monetäre Rahmenbedingungen und Preisentwicklung.....	20
3. Außenwirtschaft	22
4. Inländische Verwendung	24
5. Wirtschaftsbereiche	26
6. Löhne	27
7. Beschäftigung	28
8. Öffentliche Finanzen.....	29
9. Bruttoinlandsprodukt, Komponenten und Prognoseunsicherheit	31
10. Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung 2016–2019.....	32
11. Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	33
12. Hauptaggregate der Sektoren (Mrd. EUR)	36

1. Konjunkturindikatoren

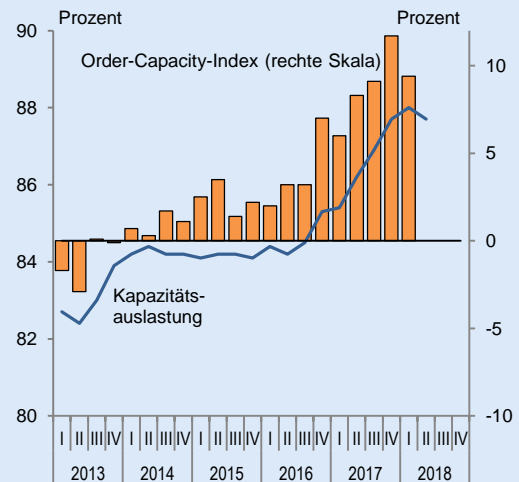
Abbildung 1.1:
Konjunkturindikatoren 2010–2018



Monatsdaten, saisonbereinigt. Auftragseingang und Produktion als gleitender Dreimonatsdurchschnitt.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; ifo, *Konjunkturperspektiven*; eigene Berechnungen.

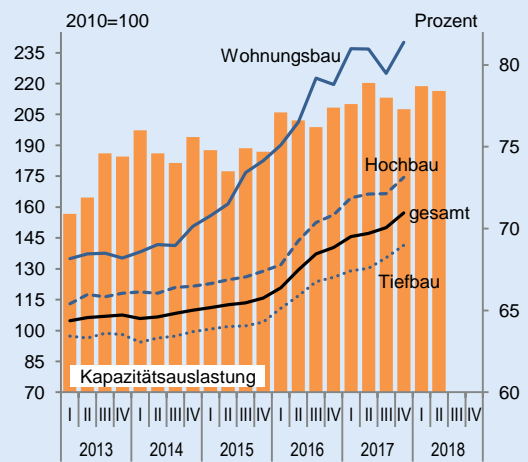
Abbildung 1.2:
Kapazitätsauslastung 2013–2018



Quartalsdaten, saisonbereinigt; Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe (Achse schneidet bei Normalauslastung).

Quelle: ifo Institut, *Konjunkturtest*; Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht*.

Abbildung 1.3:
Auftragslage und Kapazitätsauslastung im Bauhauptgewerbe 2013–2018

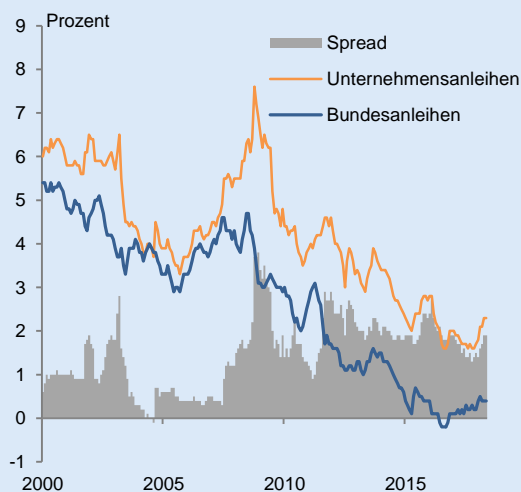


Quartalsdaten. Kapazitätsauslastung: saisonbereinigt, rechte Skala (letzte Beobachtung: 2-Monats-Durchschnitt); Auftragsbestände: preis-, saison- und kalenderbereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *GENESIS-Datenbank*; ifo, *Konjunkturperspektiven*; eigene Berechnungen.

2. Monetäre Rahmenbedingungen und Preisentwicklung

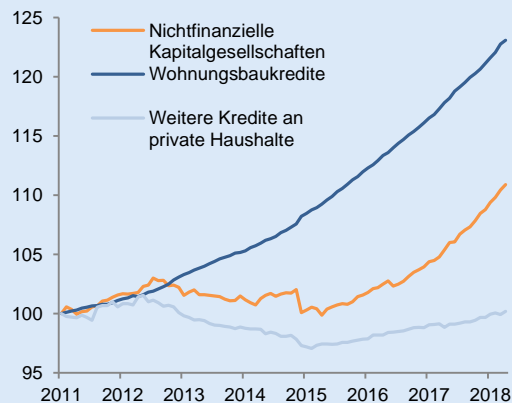
Abbildung 2.1:
Kapitalmarktzinsen 2000–2018



Monatsdaten, Renditen; mittlere Restlaufzeiten von über drei Jahren.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht; eigene Berechnungen.

Abbildung 2.3:
Kreditsumme 2011–2018



Index: Jan 2011=100; Monatsdaten.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen.

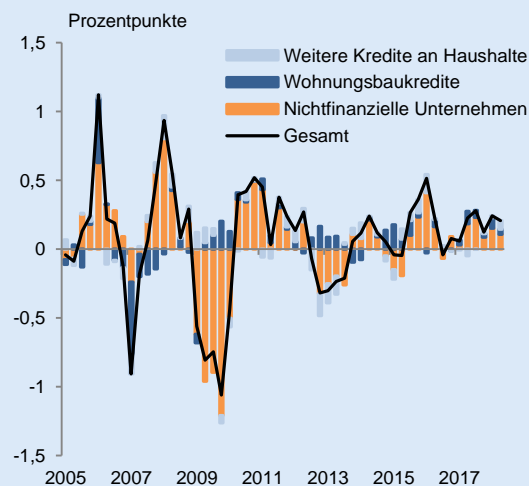
Abbildung 2.2:
Darlehenszinsen 2003–2018



Monatsdaten; bei Neugeschäften, Laufzeit 1–5 Jahre, ohne Überziehungen.

Quelle: Deutsche Bundesbank, MFI-Zinsstatistik.

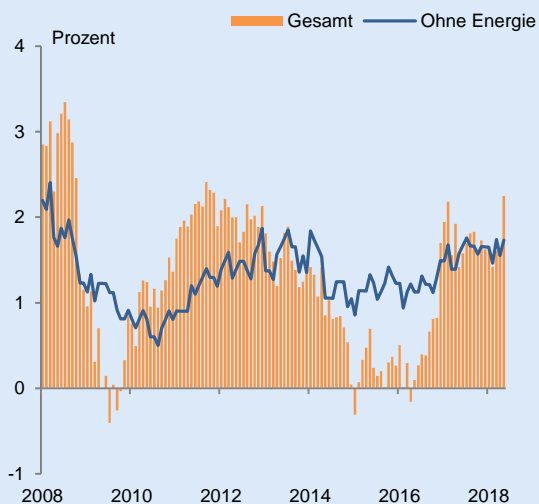
Abbildung 2.4:
Kreditimpuls 2005–2018



Quartalsdaten, aktuelles Quartal auf Basis des ersten Monats; Berechnung folgt Biggs et al. (2009). Der Kreditimpuls ist die Veränderung der Kreditexpansion relativ zur Expansion des Bruttoinlandsproduktes.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen; eigene Berechnungen.

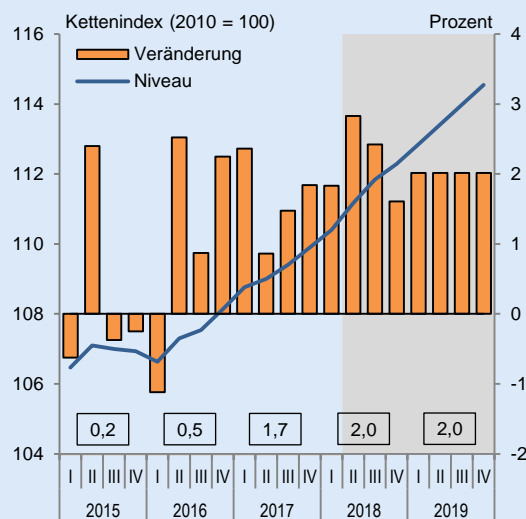
Abbildung 2.5:
Verbraucherpreise 2008–2018



Monatsdaten, Veränderung gegenüber Vorjahresmonat.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Zeitreihen-Datenbanken*; eigene Berechnungen.

Abbildung 2.6:
Verbraucherpreise 2015–2019



Quartalsdaten: kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal, Jahresrate (rechte Skala). Jahresdaten: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 17, Reihe 7*; Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Tabelle 2.1:
Rahmendaten für die Konjunktur 2016–2019

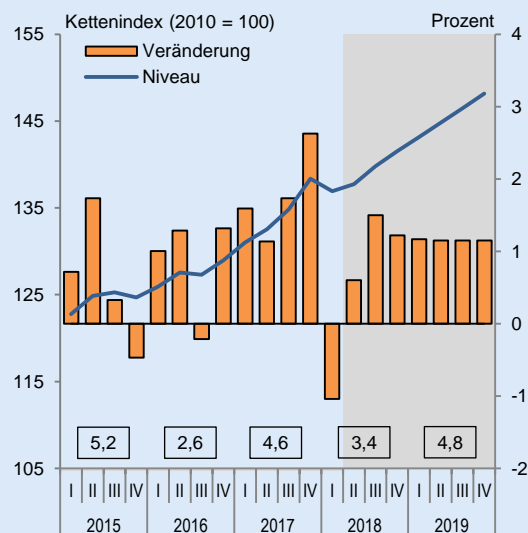
	2016				2017				2018				2019			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Leitzins der EZB	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,25	0,25
Langfristige Zinsen	0,1	0,0	-0,1	0,2	0,3	0,3	0,4	0,4	0,6	0,6	0,6	0,6	0,7	0,7	0,8	0,8
US-Dollar/Euro	1,10	1,13	1,12	1,07	1,07	1,10	1,18	1,18	1,23	1,19	1,17	1,17	1,17	1,17	1,17	1,17
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit	86,80	87,2	87,0	86,8	86,3	86,9	89,0	89,1	89,5	89,1	89,0	88,9	88,7	88,6	88,4	88,3
Exportmärkte	0,5	0,6	0,5	0,8	0,8	0,9	0,8	0,8	0,7	0,7	0,7	0,7	0,6	0,6	0,6	0,6
Rohölpreis	35,3	46,8	47,0	49,5	53,6	49,6	52,1	61,4	66,9	75,4	79,0	75,6	75,4	75,7	76,1	76,5

Leitzins der EZB: Hauptrefinanzierungssatz; langfristige Zinsen: Rendite 9–10-jähriger Bundesanleihen; preisliche Wettbewerbsfähigkeit: gegenüber 37 Ländern auf Basis von Deflatoren für den Gesamtumsatz, Index: 1991 I = 100, steigende Werte bedeuten eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit; Exportmärkte: Bruttoinlandsprodukt in 41 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export, Veränderung gegenüber Vorquartal, Jahresrate. Rohölpreis: US-Dollar je Barrel North Sea Brent.

Quelle: EZB, *Monatsbericht*; Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht*; IMF, *International Financial Statistics*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

3. Außenwirtschaft

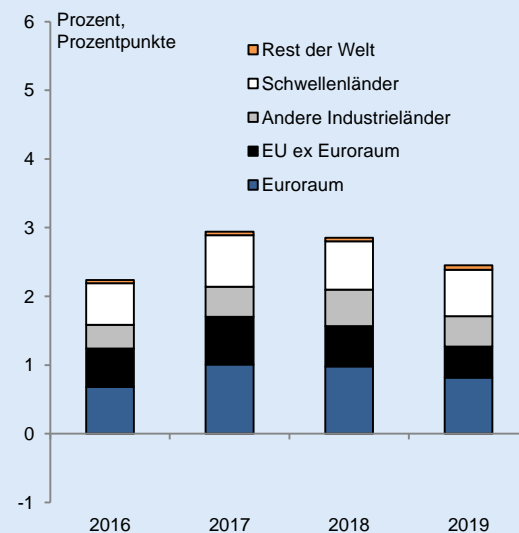
Abbildung 3.1:
Exporte 2015–2019



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten, preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

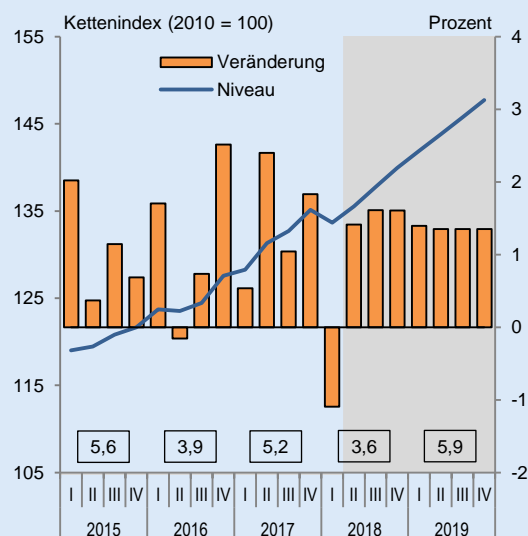
Abbildung 3.3:
Deutsche Exportmärkte 2016–2019



Jahresdaten, preisbereinigt. Bruttoinlandsprodukt in 59 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export, Veränderung gegenüber Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 7, Reihe 1*; nationale Quellen; eigene Berechnungen; 2017–2019: Prognose des IfW.

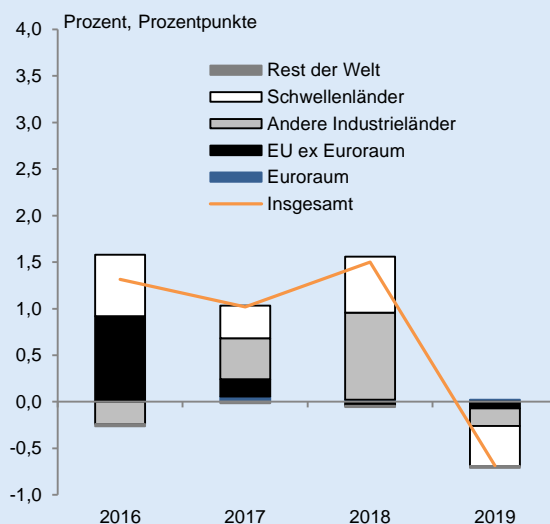
Abbildung 3.2:
Importe 2015–2019



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

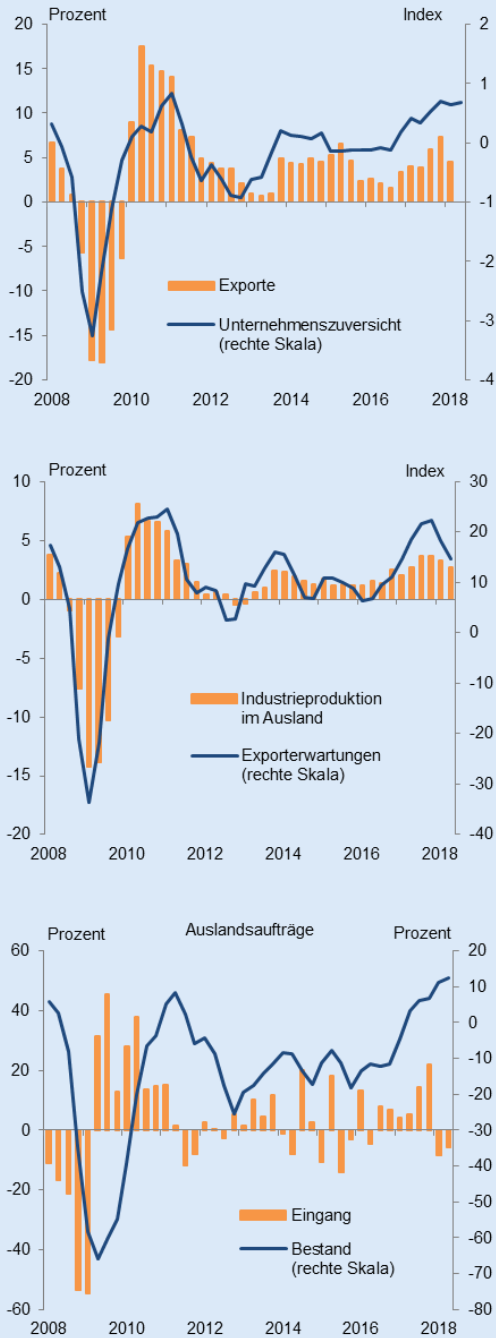
Abbildung 3.4:
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit 2016–2019



Jahresdaten, auf Basis der Verbraucherpreise gegenüber 51 Ländern; Gewichte gemäß dem Indikator der Deutschen Bundesbank für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit gegenüber 56 Handelspartnerländern auf Basis der Verbraucherpreise; Veränderung gegenüber Vorjahr; Anstieg bedeutet Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht 8.2017*; nationale Quellen; eigene Berechnungen; 2017–2019: Prognose des IfW.

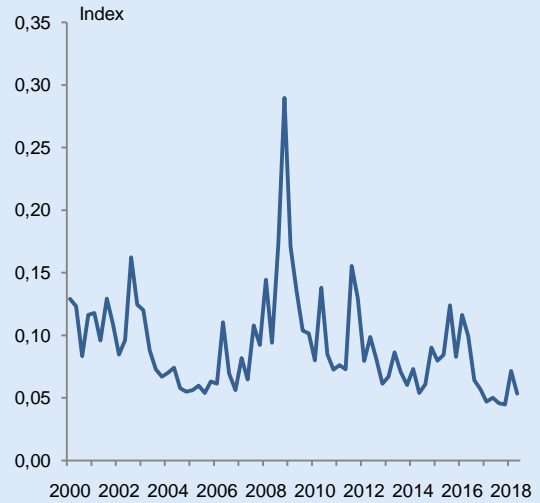
Abbildung 3.5:
Exportindikatoren 2008–2018



Quartalsdaten; Exporte, Industrieproduktion: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr; Auftragseingang: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal; Auftragsbestand: Nettoanteil der Unternehmen, die über außerordentlich hohe Auftragsbestände berichten; Unternehmenszuversicht, Industrieproduktion: in 42 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export; Unternehmenszuversicht, Exportorerwartungen, Auftragsbestand (Auftragseingang): Wert für aktuelles Quartal entspricht dem Durchschnitt der ersten beiden Monatswerte (entspricht dem ersten Monatswert) des jeweiligen Quartals.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; Thomson Financial Datastream; ifo, *Konjunkturperspektiven*; eigene Berechnungen.

Abbildung 3.6:
Unsicherheit in den deutschen Abnehmerländern 2000–2018

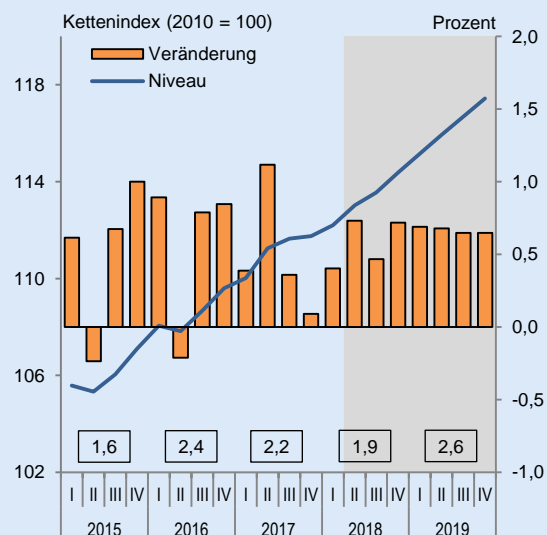


Quartalsdaten; Unsicherheit auf Basis von Aktienkursvolatilitäten in 46 Abnehmerländern gewichtet mit Anteilen an den deutschen Ausfuhren.

Quelle: Nationale Quellen; eigene Berechnungen.

4. Inländische Verwendung

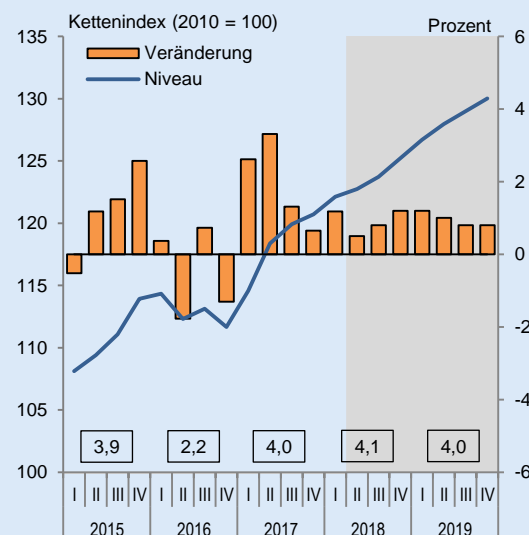
Abbildung 4.1:
Letzte Inländische Verwendung 2015–2019



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

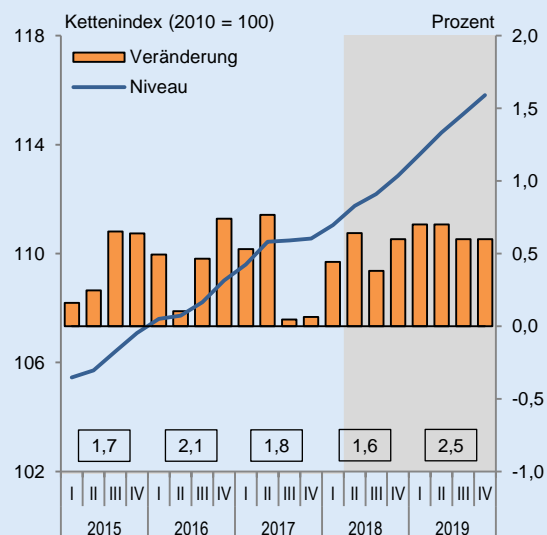
Abbildung 4.3:
Ausrüstungsinvestitionen 2015–2019



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

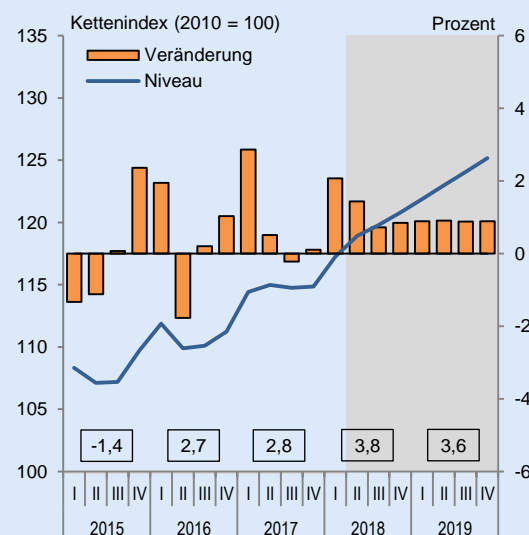
Abbildung 4.2:
Private Konsumausgaben 2015–2019



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

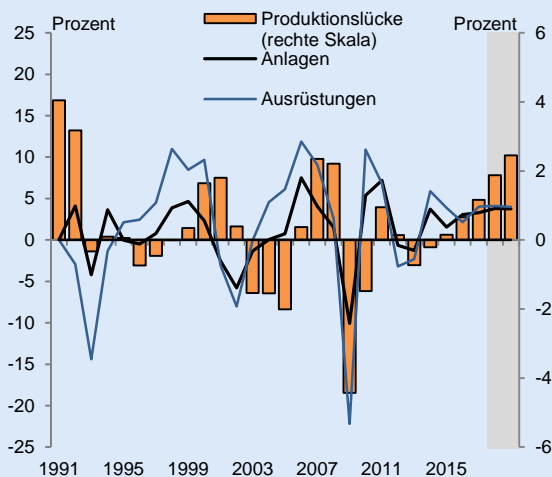
Abbildung 4.4:
Bauinvestitionen 2015–2019



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

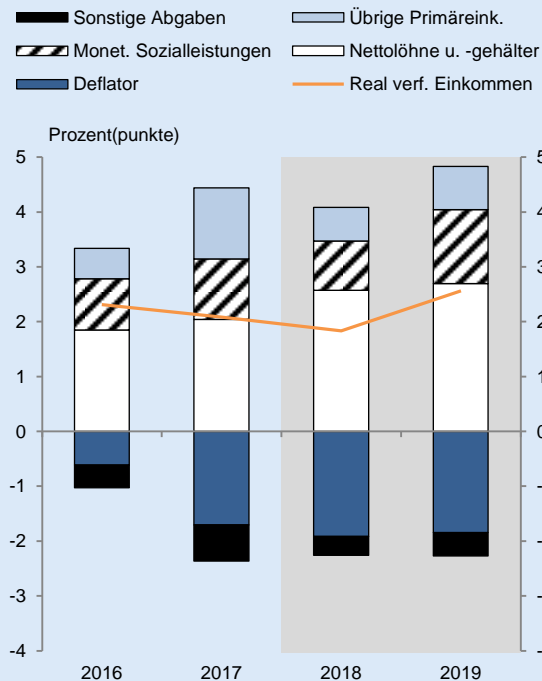
Abbildung 4.5:
Investitionszyklen 1991–2019



Jahresdaten; Anlagen, Ausrüstungen: preisbereinigt, Veränderung gegenüber Vorjahr; Produktionslücke: Approximativ berechnet aus aktueller BIP-Prognose und der Potenzialschätzung vom Frühjahr 2018.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

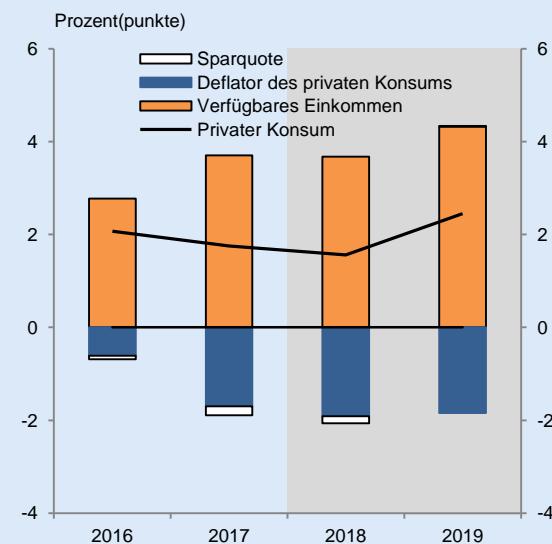
Abbildung 4.7:
Beiträge zur Veränderung des real verfügbaren Einkommens 2016–2019



Jahresdaten, Expansionsbeiträge (real verfügbare Einkommen: Veränderung gegenüber dem Vorjahr, rechte Skala); sonstige Abgaben: Abgaben auf soz. Leistungen, verbrauchsnahe Steuern und sonst. Transfers; Deflator: private Konsumausgaben.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Abbildung 4.6:
Beiträge zur Veränderung des privaten Konsums 2016–2019



Jahresdaten; verfügbares Einkommen einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche, Privater Konsum: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Tabelle 4.1:
Anlageinvestitionen 2016–2019

	2016	2017	2018	2019
Anlageinvestitionen	3,1	3,3	3,8	3,8
Unternehmensinvestitionen	2,7	3,6	3,6	3,5
Ausrüstungen	2,2	4,0	4,1	4,0
Wirtschaftsbau	0,0	3,0	3,3	1,9
Sonstige Anlagen	5,5	3,5	3,2	3,8
Wohnungsbau	4,0	2,8	4,5	4,5
Öffentlicher Bau	2,7	2,0	1,6	2,9
<i>Nachrichtlich:</i>				
Bauinvestitionen	2,7	2,8	3,8	3,6

Preisbereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

5. Wirtschaftsbereiche

Tabelle 5.1:
Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen 2017–2019

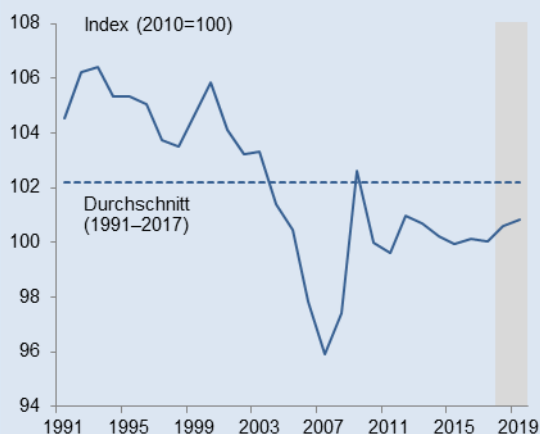
	2017	2018				2019
	IV	I	II	III	IV	I
	Saison- und kalenderbereinigte Werte: Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent					
Bruttoinlandsprodukt	0,6	0,3	0,4	0,5	0,6	0,6
Bruttowertschöpfung	0,6	0,2	0,4	0,5	0,6	0,6
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	1,5	-0,6	0,0	0,6	0,7	0,7
Verarbeitendes Gewerbe	1,5	-0,4	0,0	0,6	0,7	0,7
Baugewerbe	1,0	0,4	1,9	0,8	0,8	0,8
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	0,6	1,3	0,7	0,7	0,8	0,9
Information und Kommunikation	0,5	0,6	1,0	1,2	1,2	1,2
Finanz- und Versicherungsdienstleister	0,3	0,3	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,1	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4
Unternehmensdienstleister	0,1	0,5	0,4	0,5	0,7	0,7
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	0,1	0,1	0,3	0,4	0,4	0,4
Sonstige Dienstleister	-0,5	-0,2	0,1	0,2	0,2	0,2

Quartalsdaten, preisbereinigt.

 Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

6. Löhne

Abbildung 6.1:
Reale Lohnstückkosten 1991–2019



Jahresdaten; Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde (nominal) in Relation zur Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigenstunde (nominal).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Tabelle 6.1:
Löhne und Produktivität 2016–2019

	2016	2017	2018	2019
<i>Stundenkonzept</i>				
Tariflöhne	2,1	2,1	2,9	2,7
Effektivlöhne	3,1	2,7	3,6	3,4
Lohn drift	1,0	0,5	0,8	0,7
Lohnkosten	2,9	2,5	3,3	3,4
Arbeitsproduktivität	1,3	0,9	0,9	1,1
Lohnstückkosten	1,5	1,6	2,4	2,3
Lohnstückkosten (real)	0,2	0,0	0,6	0,2
<i>Personenkonzept</i>				
Tariflöhne	2,1	2,1	2,9	2,7
Effektivlöhne	2,4	2,7	3,5	3,5
Lohn drift	0,3	0,6	0,7	0,9
Lohnkosten	2,2	2,5	3,3	3,6
Arbeitsproduktivität	0,6	0,8	0,6	1,2
Lohnstückkosten	1,6	1,8	2,7	2,3
Lohnstückkosten (real)	0,2	0,2	0,8	0,3

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; Effektivlöhne: Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerstunde bzw. je Arbeitnehmer; Lohn drift: Differenz zwischen Tariflöhnen und Effektivlöhnen in Prozentpunkten; Lohnkosten: Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde bzw. je Arbeitnehmer; Arbeitsproduktivität: Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt) je Erwerbstätigenstunde bzw. je Erwerbstätigen; Lohnstückkosten: Lohnkosten in Relation zur Arbeitsproduktivität; Lohnstückkosten (real): Lohnstückkosten deflatiert mit dem Deflator des Bruttoinlandsprodukts.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Deutsche Bundesbank, *Tarifverdienststatistik*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

7. Beschäftigung

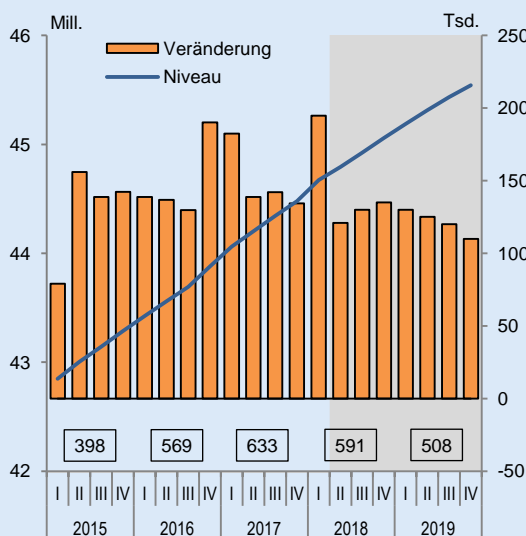
Tabelle 7.1:
Beschäftigung 2015–2019 (1 000 Personen)

	2015	2016	2017	2018	2019
Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (Inland, Mill. Std.)	58 924	59 285	60 043	60 705	61 453
Erwerbstätige (Inland)	43 069	43 638	44 271	44 861	45 369
Selbständige	4 360	4 333	4 297	4 240	4 220
Arbeitnehmer (Inland)	38 710	39 305	39 974	40 622	41 150
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	30 823	31 508	32 234	32 972	33 539
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4 856	4 804	4 742	4 687	4 647
Pendlersaldo	79	93	101	98	98
Erwerbstätige (Inländer)	42 990	43 545	44 170	44 763	45 271
Arbeitnehmer (Inländer)	38 631	39 211	39 873	40 524	41 051
Registrierte Arbeitslose	2 795	2 691	2 533	2 344	2 230
Arbeitslosenquote (Prozent)	6,4	6,1	5,7	5,2	4,9
Erwerbslosenquote (Prozent)	4,3	3,9	3,5	3,1	2,8

Selbständige: einschließlich mithelfender Familienangehöriger; Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; Erwerbslosenquote: standardisiert nach dem ILO-Konzept

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1 2*; Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; Bundesagentur für Arbeit, *Beschäftigungsstatistik*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

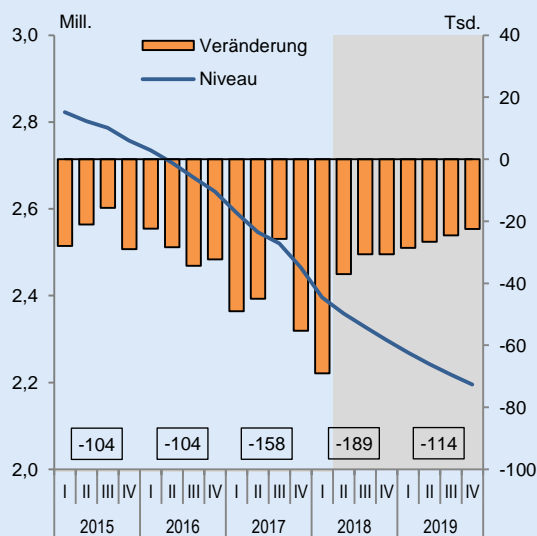
Abbildung 7.1:
Erwerbstätige 2015–2019



Quartalsdaten: saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: Veränderung gegenüber dem Vorjahr (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Abbildung 7.2:
Arbeitslose 2015–2019



Quartalsdaten: saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: Veränderung gegenüber dem Vorjahr (gerahmt).

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; grau hinterlegt: Prognose des IfW

8. Öffentliche Finanzen

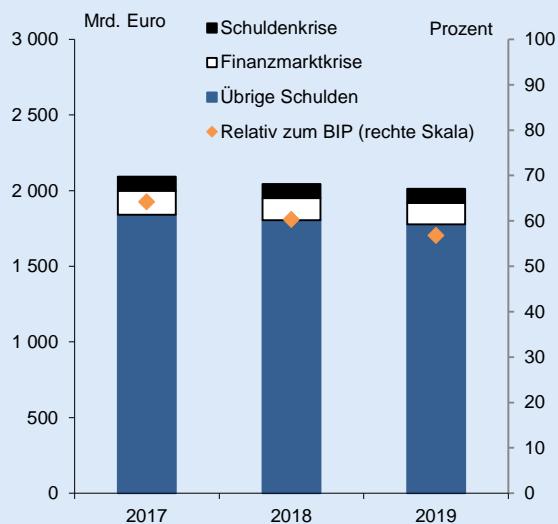
Tabelle 8.1:
Einnahmen und Ausgaben des Staates 2015–2019 (Mrd. Euro)

	2015	2016	2017	2018	2019
Einnahmen	1 354,3	1 414,2	1 473,3	1 534,5	1 593,2
➤ <i>relativ zum BIP</i>	44,5	45,0	45,1	45,3	45,0
Steuern	698,0	732,0	765,9	795,3	826,4
➤ <i>relativ zum BIP</i>	22,9	23,3	23,5	23,5	23,3
Sozialbeiträge	500,8	523,8	548,0	571,9	597,3
➤ <i>relativ zum BIP</i>	16,5	16,7	16,8	16,9	16,9
Sonstige Einnahmen	155,4	158,5	159,5	167,3	169,5
➤ <i>relativ zum BIP</i>	5,1	5,0	4,9	4,9	4,8
Ausgaben	1 328,8	1 382,4	1 435,1	1 479,8	1 545,3
➤ <i>relativ zum BIP</i>	43,7	44,0	44,0	43,7	43,6
Arbeitnehmerentgelt	229,2	236,5	246,1	254,5	264,1
Vorleistungen	142,2	150,0	155,7	159,7	165,9
Soziale Sachleistungen	252,4	268,6	278,0	287,5	299,4
Bruttoinvestitionen	64,2	66,8	70,3	76,0	80,6
Geleistete Vermögenseinkommen	40,4	35,4	33,8	31,7	29,7
Monetäre Sozialleistungen	469,9	486,3	506,0	522,0	547,0
Subventionen	27,0	27,8	27,8	28,4	29,2
Sonstige laufende Übertragungen	74,8	75,7	75,3	81,4	93,6
Vermögensübertragungen	30,0	36,4	43,5	40,2	37,2
Sonstige Ausgaben	-1,3	-1,3	-1,6	-1,5	-1,5
Finanzierungssaldo	25,4	31,9	38,2	54,7	47,9
➤ <i>relativ zum BIP</i>	0,8	1,0	1,2	1,6	1,4
Einnahmen der Gebietskörperschaften	880,0	918,7	954,0	992,2	1 026,3
Ohne Transfers von der Sozialversicherung	879,0	917,7	952,9	991,1	1 025,2
Transfers der Sozialversicherung	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1
Ausgaben der Gebietskörperschaften	857,3	895,1	926,3	952,4	991,2
Ohne Transfers an die Sozialversicherung	752,7	784,8	811,2	834,4	870,0
Transfers an die Sozialversicherung	104,6	110,3	115,1	118,1	121,3
Finanzierungssaldo der Gebietskörperschaften	22,7	23,6	27,7	39,7	35,0
Einnahmen der Sozialversicherung	579,9	606,9	635,5	661,5	689,3
Ohne Transfers von den Gebietskörperschaften	475,3	496,6	520,4	543,5	568,0
Ausgaben der Sozialversicherung	577,2	598,6	625,1	646,6	676,5
Ohne Transfers an die Gebietskörperschaften	576,1	597,6	624,0	645,5	675,4
Finanzierungssaldo der Sozialversicherung	2,7	8,2	10,5	15,0	12,8

Abweichungen der Summen rundungsbedingt. Relativ zum BIP: in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *interne Arbeitsunterlage*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

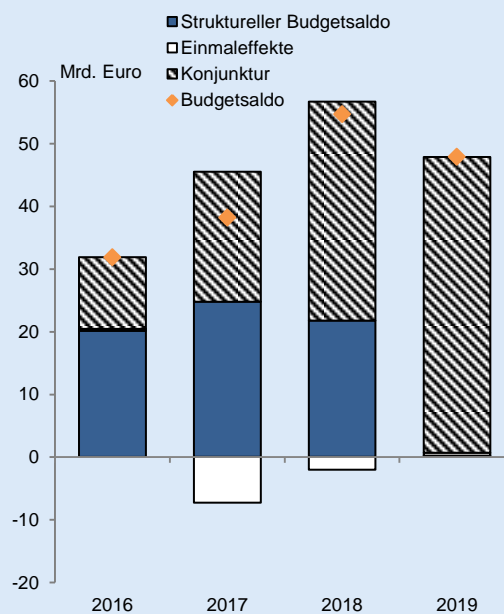
Abbildung 8.1:
Bruttoschuldenstand 2017–2019



Schuldenkrise: Verbindlichkeiten, die durch das erste Griechenlandpaket, die Einlagen im ESM und die über die EFSF abgewickelten Bürgschaften entstehen. Finanzmarktkrise: Verbindlichkeiten, die den Gebietskörperschaften durch die Bankrettung entstehen: FMS-Wertmanagement und EAA.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht*; BMF, *Monatsbericht*; eigene Berechnungen und Prognosen.

Abbildung 8.2:
Struktureller Budgetsaldo 2016–2019



Quelle: Europäische Kommission, AMECO; eigene Berechnungen und Prognosen.

9. Bruttoinlandsprodukt, Komponenten und Prognoseunsicherheit

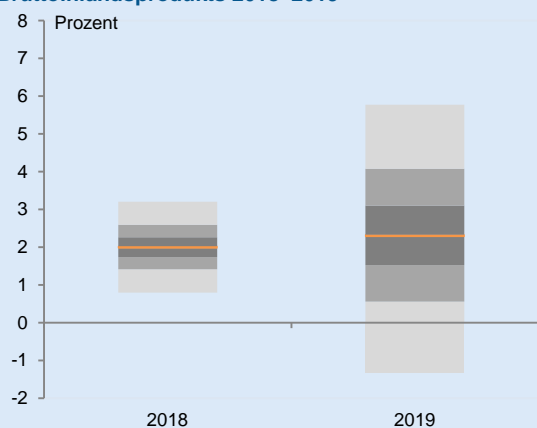
Tabelle 9.1:
Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung 2017–2019

	2017				2018				2019			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	0,9	0,6	0,7	0,6	0,3	0,4	0,5	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
Private Konsumausgaben	0,5	0,8	0,0	0,1	0,4	0,6	0,4	0,6	0,7	0,7	0,6	0,6
Konsumausgaben des Staates	0,1	0,5	0,5	0,4	-0,5	0,7	0,6	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5
Ausrüstungsinvestitionen	2,6	3,3	1,3	0,7	1,2	0,5	0,8	1,2	1,2	1,0	0,8	0,8
Bauinvestitionen	2,9	0,5	-0,2	0,1	2,1	1,4	0,7	0,8	0,9	0,9	0,9	0,9
Sonstige Anlagen	2,0	0,9	0,6	-0,1	1,5	0,6	0,8	1,0	1,0	1,0	0,9	0,9
Vorratsveränderungen	-0,5	0,2	0,1	-0,1	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	0,4	1,1	0,4	0,1	0,4	0,7	0,5	0,7	0,7	0,7	0,6	0,6
Ausfuhr	1,6	1,1	1,7	2,6	-1,0	0,6	1,5	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2
Einfuhr	0,5	2,4	1,0	1,8	-1,1	1,4	1,6	1,6	1,4	1,4	1,4	1,4
Außenbeitrag	0,5	-0,4	0,4	0,5	-0,1	-0,3	0,1	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Erwerbstätige, Inland	44 062	44 201	44 343	44 477	44 672	44 793	44 923	45 058	45 188	45 313	45 433	45 543
Arbeitslose	2 591	2 546	2 520	2 465	2 396	2 359	2 328	2 298	2 269	2 243	2 218	2 196

Preis-, kalender- und saisonbereinigt Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent; Vorratsveränderungen, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Erwerbstätige, Arbeitslose: 1 000 Personen; Arbeitslose: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

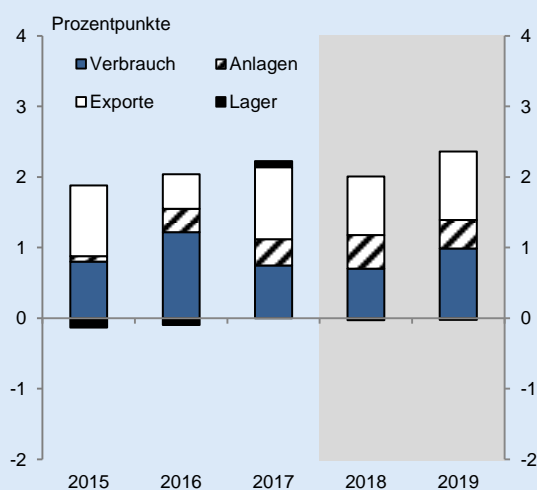
Abbildung 9.1:
Prognoseintervalle für die Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts 2018–2019



Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt; prognostizierter Anstieg (orangene Linie) und Prognoseintervall (grau hinterlegte Flächen) bei Konfidenzniveaus von 33, 66 und 95 Prozent (basierend auf Prognosefehlern des Instituts für Weltwirtschaft jeweils im zweiten Quartal der Jahre 1994–2017).

Quelle: Eigene Berechnungen.

Abbildung 9.2:
Importbereinigte Expansionsbeiträge 2015–2019



Jahresdaten, preisbereinigt. Berechnung in Anlehnung an Kooths und Stolzenburg (2018).

Quelle: OECD, *Input Output Database*; Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

10. Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung 2016–2019

	2017	2016	2017	2018	2019
	Mrd. Euro	Vorjahresveränderung in Prozent			
Aufkommen und Verwendung in Vorjahrespreisen					
Bruttoinlandsprodukt		1,9	2,2	2,0	2,3
Private Konsumausgaben		2,1	1,8	1,6	2,5
Konsumausgaben des Staates		3,7	1,5	1,2	2,1
Anlageinvestitionen		3,1	3,3	3,8	3,8
Ausrüstungsinvestitionen		2,2	4,0	4,1	4,0
Bauinvestitionen		2,7	2,8	3,8	3,6
Sonstige Anlagen		5,5	3,5	3,2	3,8
Vorratsveränderung		-0,2	0,2	-0,1	0,0
Inländische Verwendung		2,4	2,2	1,9	2,6
Ausfuhr		2,6	4,6	3,4	4,8
Einfuhr		3,9	5,2	3,6	5,9
Außenbeitrag		-0,3	0,2	0,2	-0,1
Aufkommen und Verwendung in jeweiligen Preisen					
Bruttoinlandsprodukt	3 263,4	3,3	3,8	3,8	4,5
Private Konsumausgaben	1 732,8	2,7	3,5	3,5	4,3
Konsumausgaben des Staates	637,9	4,8	3,6	3,2	3,8
Anlageinvestitionen	663,1	4,3	5,2	6,6	6,6
Ausrüstungsinvestitionen	214,6	2,5	4,3	4,5	4,6
Bauinvestitionen	323,0	4,6	6,1	8,6	8,2
Sonstige Anlagen	125,4	6,4	4,8	5,1	5,8
Vorratsveränderung (Mrd. Euro)		-26,4	-17,5	-21,0	-22,9
Inländische Verwendung	3 016,2	3,3	4,2	4,0	4,7
Ausfuhr	1 541,5	1,6	6,3	4,2	5,6
Einfuhr	1 294,3	1,4	7,9	4,7	6,4
Außenbeitrag (Mrd. Euro)		250,6	247,2	250,9	254,6
Bruttonationaleinkommen	3 323,6	3,1	4,0	4,0	4,5
Deflatoren					
Bruttoinlandsprodukt		1,3	1,5	1,8	2,1
Private Konsumausgaben		0,6	1,7	1,9	1,8
Konsumausgaben des Staates		1,1	2,1	2,0	1,7
Ausrüstungsinvestitionen		0,4	0,3	0,4	0,6
Bauinvestitionen		1,9	3,2	4,6	4,4
Sonstige Anlagen		0,8	1,3	1,9	1,9
Ausfuhr		-1,0	1,6	0,8	0,8
Einfuhr		-2,5	2,6	1,1	0,4
<i>Nachrichtlich: Verbraucherpreise</i>		0,5	1,7	2,0	2,0
Einkommensverteilung					
Volkseinkommen	2 434,7	3,2	4,1	4,2	4,9
Arbeitnehmerentgelt	1 668,9	3,8	4,3	4,9	4,9
in Prozent des Volkseinkommens (Lohnquote)		68,4	68,5	69,0	69,1
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	765,8	2,1	3,8	2,5	4,7
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	1 873,3	2,9	3,8	3,7	4,4
Sparquote (Prozent)		9,7	9,9	10,0	10,0
Bruttolöhne und -gehälter (Inländer)	1 369,5	4,0	4,4	5,2	4,9
Effektivlohn, Stundenbasis		3,1	2,7	3,6	3,4
Lohnstückkosten, Stundenbasis		1,5	1,6	2,4	2,3
Produktivität, Stundenbasis		1,3	0,9	0,9	1,1
Arbeitslose (1 000)		2 691	2 533	2 344	2 230
Arbeitslosenquote (Prozent)		6,1	5,7	5,2	4,9
Erwerbstätige, Inlandskonzept (1 000)		43 638	44 271	44 861	45 369
Finanzierungssaldo des Staates					
in Mrd. Euro		31,9	38,2	54,7	47,9
in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (Prozent)		1,0	1,2	1,6	1,4
Öffentliche Schulden (Prozent)		68,2	64,1	60,3	56,8

Vorratsveränderung, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Arbeitslose, Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; Öffentliche Schulden: in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

11. Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Vorausschätzung für die Jahre 2017 bis 2019

	2017	2018	2019	2018		2019	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1. Entstehung des Bruttoinlandsproduktes							
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Erw erbstätige	1,5	1,3	1,1	1,4	1,3	1,2	1,1
Arbeitsvolumen	1,3	1,1	1,2	0,9	1,3	1,1	1,4
Arbeitszeit je Erw erbstätigen	- 0,2	- 0,2	0,1	- 0,4	0,0	- 0,1	0,3
Produktivität ¹	0,9	0,9	1,1	1,1	0,7	0,9	1,2
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	2,2	2,0	2,3	2,0	1,9	2,0	2,6

2. Verwendung des Inlandsproduktes in jeweiligen Preisen

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 370,7	2 452,0	2 555,2	1 193,3	1 258,7	1 242,3	1 312,9
Private Haushalte ²	1 732,8	1 793,5	1 871,4	873,6	919,9	909,6	961,8
Staat	637,9	658,5	683,7	319,7	338,8	332,7	351,1
Anlageinvestitionen	663,1	706,8	753,4	339,4	367,4	360,4	392,9
Ausrüstungen	214,6	224,3	234,5	106,9	117,4	111,2	123,4
Bauten	323,0	350,7	379,4	168,2	182,5	181,4	198,1
Sonstige Anlageinvestitionen	125,4	131,8	139,4	64,2	67,6	67,9	71,5
Vorratsveränderung ³	- 17,5	- 21,0	- 22,9	- 2,8	- 18,3	- 2,9	- 20,0
Inländische Verwendung	3 016,2	3 137,8	3 285,7	1 529,9	1 607,9	1 599,9	1 685,8
Außenbeitrag	247,2	250,9	254,6	134,7	116,2	134,4	120,1
Exporte	1 541,5	1 606,6	1 696,5	794,6	812,0	836,7	859,8
Importe	1 294,3	1 355,7	1 441,9	659,9	695,7	702,3	739,7
Bruttoinlandsprodukt	3 263,4	3 388,7	3 540,2	1 664,6	1 724,1	1 734,3	1 805,9

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	3,5	3,4	4,2	3,0	3,8	4,1	4,3
Private Haushalte ²	3,5	3,5	4,3	2,9	4,1	4,1	4,6
Staat	3,6	3,2	3,8	3,3	3,1	4,1	3,6
Anlageinvestitionen	5,2	6,6	6,6	6,1	7,1	6,2	6,9
Ausrüstungen	4,3	4,5	4,6	5,0	4,0	4,0	5,1
Bauten	6,1	8,6	8,2	7,3	9,7	7,8	8,6
Sonstige Anlageinvestitionen	4,8	5,1	5,8	4,7	5,4	5,8	5,8
Inländische Verwendung	4,2	4,0	4,7	3,6	4,4	4,6	4,8
Exporte	6,3	4,2	5,6	4,4	4,0	5,3	5,9
Importe	7,9	4,7	6,4	4,0	5,4	6,4	6,3
Bruttoinlandsprodukt	3,8	3,8	4,5	3,9	3,8	4,2	4,7

3. Verwendung des Inlandsproduktes, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2010)

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 155,1	2 186,5	2 237,8	1 072,6	1 113,9	1 096,0	1 141,9
Private Haushalte ²	1 594,0	1 618,9	1 658,6	792,6	826,3	809,7	848,9
Staat	560,8	567,3	579,0	279,8	287,5	286,0	292,9
Anlageinvestitionen	591,2	613,6	636,7	296,0	317,7	306,0	330,7
Ausrüstungen	207,6	216,1	224,7	102,6	113,5	106,0	118,6
Bauten	271,2	281,5	291,7	136,4	145,1	140,9	150,9
Sonstige Anlageinvestitionen	113,2	116,8	121,2	57,2	59,6	59,3	61,9
Inländische Verwendung	2 717,1	2 769,1	2 842,0	1 364,1	1 405,0	1 396,9	1 445,1
Exporte	1 459,5	1 509,5	1 581,6	748,2	761,3	781,2	800,4
Importe	1 258,5	1 303,3	1 380,3	635,4	667,9	672,1	708,2
Bruttoinlandsprodukt	2 918,8	2 976,6	3 046,1	1 476,7	1 499,8	1 506,6	1 539,5

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	1,7	1,5	2,3	1,2	1,7	2,2	2,5
Private Haushalte ²	1,8	1,6	2,5	1,2	1,9	2,2	2,7
Staat	1,5	1,2	2,1	1,0	1,3	2,2	1,9
Anlageinvestitionen	3,3	3,8	3,8	3,4	4,1	3,4	4,1
Ausrüstungen	4,0	4,1	4,0	4,6	3,7	3,4	4,5
Bauten	2,8	3,8	3,6	2,9	4,7	3,2	4,0
Sonstige Anlageinvestitionen	3,5	3,2	3,8	2,9	3,4	3,7	3,9
Inländische Verwendung	2,2	1,9	2,6	1,7	2,2	2,4	2,9
Exporte	4,6	3,4	4,8	3,9	3,0	4,4	5,1
Importe	5,2	3,6	5,9	3,5	3,6	5,8	6,0
Bruttoinlandsprodukt	2,2	2,0	2,3	2,0	1,9	2,0	2,6

noch: Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Vorausschätzung für die Jahre 2017 bis 2019

	2017	2018	2019	2018		2019	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010=100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Private Konsumausgaben ²	1,7	1,9	1,8	1,7	2,1	1,9	1,8
Konsumausgaben des Staates	2,1	2,0	1,7	2,3	1,8	1,8	1,7
Anlageinvestitionen	1,9	2,7	2,7	2,6	2,8	2,7	2,7
Ausrüstungen	0,3	0,4	0,6	0,4	0,4	0,6	0,6
Bauten	3,2	4,6	4,4	4,3	4,7	4,4	4,4
Exporte	1,6	0,8	0,8	0,5	1,0	0,9	0,7
Importe	2,6	1,1	0,4	0,5	1,7	0,6	0,3
Bruttoinlandsprodukt	1,5	1,8	2,1	1,8	1,8	2,1	2,0

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd.EUR

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2 269,2	2 363,1	2 464,4	1 163,0	1 200,1	1 211,4	1 253,0
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	299,4	310,5	326,3	150,6	159,9	157,8	168,5
Bruttolöhne und -gehälter	1 369,5	1 440,9	1 511,1	685,7	755,2	718,7	792,4
Übrige Primäreinkommen ⁴	600,3	611,7	627,0	326,7	285,0	334,9	292,1
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	482,2	498,7	530,1	231,2	267,5	243,0	287,0
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 751,4	2 861,8	2 994,5	1 394,3	1 467,6	1 454,4	1 540,1
Abschreibungen	572,2	594,5	617,6	295,0	299,4	306,6	311,1
Bruttonationaleinkommen	3 323,6	3 456,3	3 612,1	1 689,3	1 767,0	1 761,0	1 851,1
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	2 434,7	2 536,6	2 659,8	1 231,6	1 305,0	1 287,2	1 372,6
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	765,8	785,2	822,4	395,3	389,9	410,7	411,7
Arbeitnehmerentgelt	1 668,9	1 751,4	1 837,4	836,3	915,1	876,5	960,9

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	4,2	4,1	4,3	4,1	4,2	4,2	4,4
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	3,7	3,7	5,1	3,9	3,5	4,8	5,4
Bruttolöhne und -gehälter	4,4	5,2	4,9	5,0	5,4	4,8	4,9
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	2,7	3,5	3,5	3,3	3,7	3,4	3,6
Übrige Primäreinkommen ⁴	4,1	1,9	2,5	2,3	1,5	2,5	2,5
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	3,1	3,4	6,3	4,5	2,5	5,1	7,3
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	4,0	4,0	4,6	4,2	3,9	4,3	4,9
Abschreibungen	3,6	3,9	3,9	4,0	3,8	3,9	3,9
Bruttonationaleinkommen	4,0	4,0	4,5	4,1	3,9	4,2	4,8
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	4,1	4,2	4,9	4,3	4,0	4,5	5,2
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	3,8	2,5	4,7	3,3	1,7	3,9	5,6
Arbeitnehmerentgelt	4,3	4,9	4,9	4,8	5,0	4,8	5,0

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte ²

a) Mrd.EUR

Masseneinkommen	1 350,6	1 412,2	1 485,9	677,1	735,2	710,4	775,5
Nettolöhne und -gehälter	906,0	954,1	1 006,6	448,8	505,3	471,9	534,7
Monetäre Sozialleistungen	564,8	581,7	607,9	289,6	292,1	302,3	305,6
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	120,2	123,6	128,5	61,4	62,3	63,7	64,8
Übrige Primäreinkommen ⁴	600,3	611,7	627,0	326,7	285,0	334,9	292,1
Sonstige Transfers (Saldo) ⁵	- 77,6	- 80,6	- 83,9	- 39,6	- 41,0	- 41,5	- 42,4
Verfügbares Einkommen	1 873,3	1 943,4	2 029,0	964,2	979,2	1 003,8	1 025,2
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	49,5	50,2	50,8	24,8	25,3	25,1	25,6
Konsumausgaben	1 732,8	1 793,5	1 871,4	873,6	919,9	909,6	961,8
Sparen	190,0	200,1	208,4	115,4	84,6	119,4	89,0
Sparquote (%) ⁶	9,9	10,0	10,0	11,7	8,4	11,6	8,5

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	4,0	4,6	5,2	4,2	4,9	4,9	5,5
Nettolöhne und -gehälter	4,2	5,3	5,5	5,0	5,6	5,1	5,8
Monetäre Sozialleistungen	3,7	3,0	4,5	2,5	3,5	4,4	4,6
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	4,7	2,8	4,0	2,7	3,0	3,8	4,1
Übrige Primäreinkommen ⁴	4,1	1,9	2,5	2,3	1,5	2,5	2,5
Verfügbares Einkommen	3,8	3,7	4,4	3,5	4,0	4,1	4,7
Konsumausgaben	3,5	3,5	4,3	2,9	4,1	4,1	4,6
Sparen	5,8	5,3	4,2	7,3	2,6	3,4	5,2

noch: Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Vorausschätzung für die Jahre 2017 bis 2019

	2017	2018	2019	2018		2019	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁷							
a) Mrd.EUR							
Einnahmen							
Steuern	765,9	795,3	826,4	397,9	397,4	414,9	411,5
Sozialbeiträge	548,0	571,9	597,3	277,3	294,6	288,9	308,5
Vermögenseinkommen	16,4	17,4	17,4	9,9	7,5	10,0	7,4
Sonstige Transfers	22,3	24,0	23,4	10,4	13,5	10,6	12,7
Vermögenstransfers	10,9	12,5	10,6	5,2	7,4	5,2	5,4
Verkäufe	109,7	113,3	117,9	53,2	60,1	55,9	62,0
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 473,3	1 534,5	1 593,2	753,9	780,6	785,5	807,6
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	433,9	447,4	465,5	215,5	231,8	224,9	240,6
Arbeitnehmerentgelt	246,1	254,5	264,1	122,1	132,4	127,2	136,9
Vermögenseinkommen (Zinsen)	33,8	31,7	29,7	16,1	15,5	15,1	14,5
Subventionen	27,8	28,4	29,2	13,8	14,6	14,2	15,0
Monetäre Sozialleistungen	506,0	522,0	547,0	260,0	262,0	272,0	274,9
Sonstige laufende Transfers	75,3	81,4	93,6	40,9	40,5	49,0	44,6
Vermögenstransfers	43,5	40,2	37,2	18,8	21,4	14,7	22,5
Bruttoinvestitionen	70,3	76,0	80,6	32,5	43,5	34,4	46,2
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 1,6	- 1,5	- 1,5	- 0,6	- 0,9	- 0,6	- 0,9
Insgesamt	1 435,1	1 479,8	1 545,3	719,1	760,8	751,0	794,3
Finanzierungssaldo	38,2	54,7	47,9	34,9	19,8	34,5	13,3

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	4,6	3,8	3,9	3,9	3,8	4,3	3,5
Sozialbeiträge	4,6	4,4	4,5	4,4	4,3	4,2	4,7
Vermögenseinkommen	- 9,4	6,3	0,1	13,1	- 1,6	1,0	- 1,1
Sonstige Transfers	12,3	7,3	- 2,5	4,1	9,8	1,6	- 5,7
Vermögenstransfers	- 29,5	14,8	- 15,7	- 4,6	34,0	0,0	- 26,6
Verkäufe	4,5	3,3	4,1	2,3	4,1	5,2	3,2
Sonstige Subventionen	2,5	- 0,5	0,0	- 1,1	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	4,2	4,2	3,8	4,0	4,3	4,2	3,5
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	3,6	3,1	4,1	2,9	3,3	4,3	3,8
Arbeitnehmerentgelt	4,1	3,4	3,8	3,4	3,3	4,2	3,4
Vermögenseinkommen (Zinsen)	- 4,6	- 6,3	- 6,3	- 6,6	- 6,1	- 6,2	- 6,4
Subventionen	0,0	2,0	2,9	1,1	2,9	2,9	2,9
Monetäre Sozialleistungen	4,1	3,2	4,8	2,6	3,7	4,6	4,9
Sonstige laufende Transfers	- 0,6	8,1	15,0	2,7	14,1	19,8	10,2
Vermögenstransfers	19,5	- 7,5	- 7,5	- 13,5	- 1,5	- 21,8	5,1
Bruttoinvestitionen	5,2	8,1	6,2	7,6	8,4	6,1	6,2
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	21,0	- 2,8	0,0	- 6,9	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	3,8	3,1	4,4	2,3	3,9	4,4	4,4

¹ Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erw erbstätigenstunde.

² Einschließlich privater Organisationen ohne Erw erbszw eck.

³ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

⁴ Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.

⁵ Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers.

⁶ Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).

⁷ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

⁸ Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18; eigene Berechnungen. Prognose des IfW.

12. Hauptaggregate der Sektoren (Mrd. EUR)

	Gegenstand der Nachweisung	2017				
		Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
		S 1	S 1/S 2	S 3	S 4/S 5	S 2
1 =	Bruttowertschöpfung	2 941,3	1 990,3	313,9	637,2	–
2 –	Abschreibungen	572,2	329,1	71,0	172,1	–
3 =	Nettowertschöpfung 1)	2 369,1	1 661,2	242,8	465,1	– 247,2
4 –	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 666,9	1 190,8	246,1	229,9	14,6
5 –	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	21,9	12,4	0,2	9,4	–
6 +	Empfangene sonstige Subventionen	25,8	24,0	0,2	1,5	–
7 =	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen ...	706,0	482,0	– 3,3	227,3	– 261,7
8 +	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 668,9	–	–	1 668,9	12,5
9 –	Geleistete Subventionen	27,8	–	27,8	–	5,2
10 +	Empfangene Produktions- und Importabgaben	344,5	–	344,5	–	6,8
11 –	Geleistete Vermögenseinkommen	709,5	650,7	33,8	25,0	172,6
12 +	Empfangene Vermögenseinkommen	769,3	355,0	16,4	397,9	112,8
13 =	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 751,4	186,3	296,0	2 269,2	– 307,4
14 –	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	411,0	88,7	–	322,4	10,8
15 +	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern ...	421,4	–	421,4	–	0,4
16 –	Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	670,2	–	–	670,2	4,2
17 +	Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	671,5	122,7	548,0	0,8	2,9
18 –	Geleistete monetäre Sozialleistungen	571,9	65,0	506,0	0,8	0,5
19 +	Empfangene monetäre Sozialleistungen	564,8	–	–	564,8	7,5
20 –	Geleistete sonstige laufende Transfers	340,2	185,2	75,3	79,8	58,2
21 +	Empfangene sonstige laufende Transfers	290,7	156,7	22,3	111,6	107,8
22 =	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 706,4	126,9	706,3	1 873,3	– 262,5
23 –	Konsumausgaben	2 370,7	–	637,9	1 732,8	–
24 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 49,5	–	49,5	–
25 =	Sparen	335,8	77,3	68,4	190,0	– 262,5
26 –	Geleistete Vermögenstransfers	64,9	12,0	43,5	9,4	2,9
27 +	Empfangene Vermögenstransfers	56,9	30,2	10,9	15,8	10,9
28 –	Bruttoinvestitionen	645,5	373,2	70,3	202,0	–
29 +	Abschreibungen	572,2	329,1	71,0	172,1	–
30 –	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	– 3,1	– 2,5	– 1,6	1,0	3,1
31 =	Finanzierungssaldo	257,6	54,0	38,2	165,4	– 257,6
	Nachrichtlich:					
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 706,4	126,9	706,3	1 873,3	– 262,5
35 –	Geleistete soziale Sachtransfers	415,2	–	415,2	–	–
36 +	Empfangene soziale Sachtransfers	415,2	–	–	415,2	–
37 =	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 706,4	126,9	291,2	2 288,4	– 262,5
38 –	Konsum 2)	2 370,7	–	222,7	2 147,9	–
39 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 49,5	–	49,5	–
40 =	Sparen	335,8	77,3	68,4	190,0	– 262,5

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. – 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Hauptaggregate der Sektoren*; Prognose des IfW.

noch: Hauptaggregate der Sektoren

	Gegenstand der Nachweisung	2018				
		Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
		S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 =	Bruttowertschöpfung	3 058,1	2 075,1	324,6	658,5	–
2 –	Abschreibungen	594,5	341,8	73,5	179,1	–
3 =	Nettowertschöpfung 1)	2 463,7	1 733,3	251,0	479,4	– 250,9
4 –	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 749,2	1 252,8	254,5	242,0	15,2
5 –	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	22,4	12,5	0,2	9,7	–
6 +	Empfangene sonstige Subventionen	26,3	24,5	0,2	1,6	–
7 =	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen ...	718,3	492,5	– 3,4	229,3	– 266,1
8 +	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 751,4	–	–	1 751,4	13,0
9 –	Geleistete Subventionen	28,4	–	28,4	–	5,4
10 +	Empfangene Produktions- und Importabgaben	353,6	–	353,6	–	6,9
11 –	Geleistete Vermögenseinkommen	726,4	671,4	31,7	23,3	181,9
12 +	Empfangene Vermögenseinkommen	793,3	370,1	17,4	405,8	115,1
13 =	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 861,8	191,1	307,6	2 363,1	– 318,4
14 –	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	431,1	92,4	–	338,7	11,0
15 +	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern ...	441,7	–	441,7	–	0,5
16 –	Geleistete Netto sozialbeiträge 2)	696,1	–	–	696,1	4,3
17 +	Empfangene Netto sozialbeiträge 2)	697,2	124,5	571,9	0,8	3,2
18 –	Geleistete monetäre Sozialleistungen	588,7	65,9	522,0	0,8	0,5
19 +	Empfangene monetäre Sozialleistungen	581,7	–	–	581,7	7,4
20 –	Geleistete sonstige laufende Transfers	355,2	192,2	81,4	81,7	58,8
21 +	Empfangene sonstige laufende Transfers	303,6	164,6	24,0	115,1	110,4
22 =	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 814,9	129,7	741,7	1 943,4	– 271,5
23 –	Konsumausgaben	2 452,0	–	658,5	1 793,5	–
24 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 50,2	–	50,2	–
25 =	Sparen	362,9	79,6	83,2	200,1	– 271,5
26 –	Geleistete Vermögenstransfers	61,5	12,0	40,2	9,4	3,0
27 +	Empfangene Vermögenstransfers	53,9	25,3	12,5	16,1	10,6
28 –	Bruttoinvestitionen	685,7	393,0	76,0	216,9	–
29 +	Abschreibungen	594,5	341,8	73,5	179,1	–
30 –	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	– 2,6	– 2,1	– 1,5	1,0	2,6
31 =	Finanzierungssaldo	266,5	43,8	54,7	168,0	– 266,5
	Nachrichtlich:					
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 814,9	129,7	741,7	1 943,4	– 271,5
35 –	Geleistete soziale Sachtransfers	428,5	–	428,5	–	–
36 +	Empfangene soziale Sachtransfers	428,5	–	–	428,5	–
37 =	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 814,9	129,7	313,3	2 371,9	– 271,5
38 –	Konsum 3)	2 452,0	–	230,0	2 222,0	–
39 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 50,2	–	50,2	–
40 =	Sparen	362,9	79,6	83,2	200,1	– 271,5

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. – 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Hauptaggregate der Sektoren; Prognose des IfW.

noch: Hauptaggregate der Sektoren

	Gegenstand der Nachweisung	2019				
		Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
		S 1	S 11/S 12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 =	Bruttowertschöpfung	3 199,5	2 177,9	336,3	685,2	-
2 -	Abschreibungen	617,6	354,7	75,9	187,0	-
3 =	Nettowertschöpfung 1)	2 581,9	1 823,2	260,5	498,2	- 254,6
4 -	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 835,2	1 316,3	264,1	254,8	16,2
5 -	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	22,7	12,4	0,2	10,2	-
6 +	Empfangene sonstige Subventionen	26,9	25,1	0,2	1,7	-
7 =	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	750,9	519,6	- 3,6	234,9	- 270,8
8 +	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 837,4	-	-	1 837,4	14,0
9 -	Geleistete Subventionen	29,2	-	29,2	-	5,4
10 +	Empfangene Produktions- und Importabgaben	363,9	-	363,9	-	7,1
11 -	Geleistete Vermögenseinkommen	746,4	694,9	29,7	21,8	192,3
12 +	Empfangene Vermögenseinkommen	817,9	386,6	17,4	413,9	120,8
13 =	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 994,5	211,2	318,8	2 464,4	- 326,6
14 -	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	451,4	96,2	-	355,1	11,5
15 +	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	462,4	-	462,4	-	0,5
16 -	Geleistete Netto sozialbeiträge 2)	723,9	-	-	723,9	4,5
17 +	Empfangene Netto sozialbeiträge 2)	725,1	127,0	597,3	0,8	3,3
18 -	Geleistete monetäre Sozialleistungen	615,0	67,2	547,0	0,8	0,5
19 +	Empfangene monetäre Sozialleistungen	607,9	-	-	607,9	7,6
20 -	Geleistete sonstige laufende Transfers	380,0	203,7	93,6	82,7	59,4
21 +	Empfangene sonstige laufende Transfers	326,2	184,4	23,4	118,4	113,2
22 =	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 945,9	155,4	761,4	2 029,0	- 278,0
23 -	Konsumausgaben	2 555,2	-	683,7	1 871,4	-
24 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 50,8	-	50,8	-
25 =	Sparen	390,7	104,7	77,7	208,4	- 278,0
26 -	Geleistete Vermögenstransfers	58,8	12,1	37,2	9,6	3,0
27 +	Empfangene Vermögenstransfers	51,2	24,2	10,6	16,4	10,7
28 -	Bruttoinvestitionen	730,5	414,4	80,6	235,3	-
29 +	Abschreibungen	617,6	354,7	75,9	187,0	-
30 -	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 3,8	- 3,3	- 1,5	1,0	3,8
31 =	Finanzierungssaldo	274,1	60,4	47,9	165,9	- 274,1
	Nachrichtlich:					
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 945,9	155,4	761,4	2 029,0	- 278,0
35 -	Geleistete soziale Sachtransfers	444,8	-	444,8	-	-
36 +	Empfangene soziale Sachtransfers	444,8	-	-	444,8	-
37 =	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 945,9	155,4	316,7	2 473,8	- 278,0
38 -	Konsum 2)	2 555,2	-	239,0	2 316,2	-
39 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 50,8	-	50,8	-
40 =	Sparen	390,7	104,7	77,7	208,4	- 278,0

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. - 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.- 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Hauptaggregate der Sektoren; Prognose des IfW.

Literatur

- Biggs, M., T. Mayer und A. Pick (2009). Credit and economic recovery. DNB Working Paper 218. De Nederlandsche Bank, Amsterdam.
- Carstensen, K., und M. Wolters (2017). Normaler Abschwung oder schwere Rezession? Ein neues Modell für die Prognose der Konjunkturphasen in Deutschland. IfW-Box 2017.14. Via Internet (15. Juni 2018) <https://www.ifw-kiel.de/wirtschaftspolitik/prognosezentrum/konjunkt/ifw-box/2017/box_2017-14_konjunkturphasen>.
- Carstensen, K., M. Heinrich, M. Reif und M. Wolters (2017). Predicting Ordinary and Severe Recessions with a Three-State Markov-Switching Dynamic Factor Model. An Application to the German Business Cycle. CESifo Working Paper 6457. ifo Institut, München.
- Deutsche Bundesbank (2017). Sparverhalten im Niedrigzinsumfeld – Ergebnisse der PHF Sommerbefragung 2016. Research Brief, 12. Ausgabe, April. Frankfurt am Main.
- DIHK (Deutscher Industrie- und Handelskammertag (2018). Wirtschaft unter Volldampf, Engpässe nehmen zu. DIHK-Konjunkturumfrage bei den Industrie- und Handelskammern, Frühsommer 2018. Via Internet (15. Juni 2018) <<https://www.dihk.de/themenfelder/wirtschaftspolitik/konjunktur-und-wachstum/umfragen-und-prognosen/konjunkturumfrage-fruehsommer-2018>>.
- Gadatsch, N., K. Hauzenberger und N. Stähler (2016). Fiscal policy during the crisis: A look on Germany and the Euro area with GEAR. *Economic Modelling* 52: 997–1016.
- Hauber, P. (2018). Zur Kurzfristprognose mit Faktormodellen und Prognoseanpassungen. IfW-Box 2018.5. Via Internet (15. Juni 2018) <https://www.ifw-kiel.de/wirtschaftspolitik/prognosezentrum/konjunkt/ifw-box/2018/box_2018-5_kurzfristprognose.pdf>.
- ING (2016). Negative rates, negative reactions. Via Internet (15. Juni 2018) <<https://www.ingwb.com/media/1471698/negative-interest-rates-report.pdf>>.
- Jannsen, N. (2018). Prognosen des IfW und tatsächliche Entwicklung 2017. IfW-Box 2018.2. Institut für Weltwirtschaft, Kiel. Via Internet (15. Juni 2018) <https://www.ifw-kiel.de/wirtschaftspolitik/prognosezentrum/konjunkt/ifw-box/2018/box_2018-2_prognosen_ifw.pdf>.
- Kooths, S. (2018). Schuss ins Knie. IfW-Fokus 225. Via Internet (20. Juni 2018) <<https://www.ifw-kiel.de/medien/fokus/2018/ifw-fokus-225>>.
- Kooths, S., und U. Stolzenburg (2018). Zur Exportabhängigkeit der deutschen Konjunktur. *Wirtschaftsdienst* 98 (3): 219–220. Via Internet (19. Juni 2018) <<https://www.ifw-members.ifw-kiel.de/publications/zur-export-abhaengigkeit-der-deutschen-konjunktur>>.
- Krugman, P. (1997). What Should Trade Negotiators Negotiate about? *Journal of Economic Literature* 35 (1):113–120.
- Langhammer, R.J. (2018). Zölle runter statt Zölle rauf! *Süddeutsche Zeitung*, 19. Juni 2018. Via Internet (20. Juni 2018) <<http://www.sueddeutsche.de/politik/aussenansicht-vergeltung-schuetzt-nicht-vor-trump-1.4020547>>.